



Inhalt

Einführung	2
1. Gender-Forschung in der internationalen Politik	2
2. Globale Werkbank und geschlechtliche Arbeitsteilung: Ökonomische Aspekte der Globalisierung	5
3. „Sex workers“ und Frauenhandel	10
4. Globalisierung und Gewalt: Militär- und sicherheitspolitische Dimensionen	12
5. „Global Governance“ und politische Handlungsmöglichkeiten: Größere Geschlechtergerechtigkeit durch internationale Organisationen?	16
6. Fragen zur Weiterarbeit am Thema „Gender und Globalisierung“	19
7. Links	19
8. Literatur	20
9. Über die Autorin	22
10. Andere Veröffentlichungen:	22
11. Endnoten (Endnotes)	22



Christiane Lemke

Gender und Globalisierung

Einführung

Globalisierung bezeichnet einen vielschichtigen und widersprüchlichen Prozess weltpolitischer Veränderungen, in deren Mittelpunkt die zunehmende Verflechtung von Ländern und Regionen über den Weltmarkt steht. Im weiteren Sinn umfasst der Begriff die Auswirkungen dieser Verflechtung auf soziale Beziehungen, politische Herrschaftsverhältnisse und kulturelle Deutungsmuster. Welche Bedeutung Geschlechterverhältnisse in der Globalisierung einnehmen, gehört zu den umstrittenen und viel diskutierten Themen in Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit. Wenn Textilarbeiterinnen in der Oberlausitz ihre Arbeitsplätze verlieren, weil die Produktion in die Billiglohnländer Asiens oder Osteuropas verlegt wird, wird der Zusammenhang mit der neuen globalen Arbeitsteilung und den wirtschaftlichen Verflechtungen unmittelbar deutlich. Dieser wirtschaftliche Veränderungsprozess in einer typischen Frauenbranche verweist zugleich auf tiefere Dimensionen der Globalisierung: Nicht nur die Arbeitsplätze in der frauenspezifischen Textilbranche, sondern auch die sozialen Geschlechterbeziehungen in den betroffenen Regionen, die Rollen von Frauen im Familienverband und die sozialen Wahrnehmungen über die Geschlechterrollen sind von diesem Prozess betroffen. „Globalisierung ist nicht geschlechtsneutral“, wie eine Autorin in einer Tageszeitung kritisch zuspitzt (Wichterich 2003). Ob Verschärfung sozialer Ungleichheiten durch neoliberale Politik oder Chance zur globalen Öffnung und zur Ausdehnung sozialer Rechte – die Frage nach der Bedeutung von *gender* und Globalisierung bleibt umstritten.

Geschlechtersensible Forschungsansätze in der Politischen Wissenschaft gehen davon aus, dass die Globalisierung Geschlechterverhältnisse beeinflusst und dass sie umgekehrt auch von ihnen beeinflusst wird. Dabei werden Geschlechterverhältnisse (*gender*) als soziale Konstruktionen verstanden, d. h. sie beruhen auf sozialen und kulturellen Prozessen, die auf historisch entstandene, geschlechtlich begründete Machtverhältnisse verweisen. Mit dem Begriff *gender*-Ansätze werden Forschungsarbeiten in der Politischen Wissenschaft zusammengefasst, die bewusst von einer

geschlechterkritischen Perspektive ausgehen und diese als zentrale Dimension globaler Politik begreifen. Dabei wird Globalisierung in der geschlechtersensiblen Forschung ambivalent beschrieben. Einerseits hat sie eindeutig negative Folgen für Frauen, indem sie die geschlechtliche Arbeitsteilung im globalen Maßstab umwälzt und Frauen als neue flexible „Reservearmee“ verschleißt. Andererseits eröffnet sie Frauen auch neue Möglichkeiten zur internationalen Kooperation und Vernetzung aufgrund neuer Medien der Kommunikation und der Bedeutungszunahme internationaler Organisationen.

Der Beitrag beginnt zunächst mit einer Einführung in die konzeptionelle Problematik der Geschlechterforschung und skizziert die Hauptströmungen gegenwärtiger Forschung (Kapitel 1). Die wirtschaftlichen Dimensionen der Globalisierung und die Entstehung von globalen „*gender regimes*“ im Zuge von Weltmarktentwicklungen bilden dann den ersten Themenschwerpunkt des Beitrags (Kap. 2). Die geschlechterkritische Perspektive wird beispielhaft anhand von Frauenhandel und „*sex workers*“ konkretisiert (Kap. 3). Die militärischen Dimensionen bzw. die Problematik von Krieg und Gewalt als „extremste Form“ der Globalisierung bilden den zweiten Themenschwerpunkt, der mit einer kritischen Auseinandersetzung des Machtbegriffs abschließt (Kap. 4). Daran knüpft sich anschließend die Frage nach der Bedeutung von internationalen Organisationen und „*global governance*“ für frauenpolitische Forderungen (Kap. 5).

1. Gender-Forschung in der internationalen Politik

Zentrale Kategorie der geschlechtersensiblen Analysen ist der Begriff „*gender*“, der aus dem englischsprachigen Raum in die deutsche Diskussion eingeflossen ist und die sozialen Geschlechterverhältnisse bezeichnet. „Der Begriff `gender` zielt auf die soziale Konstruktion von Rollen und Attributen ab, die als geschlechtsspezifisch normiert werden. `Gender` soll ausdrücken, dass sowohl die Dichotomisierung als auch die inhaltliche Festlegung von `Weiblichkeit` und



„Männlichkeit“ durch gesellschaftliche Mechanismen - genauer: Machtmechanismen - zustande kommen“ (Regina Becker-Schmidt 1993: 38). Damit wird ausgedrückt, dass Geschlecht nicht über natürliche oder biologische Voraussetzungen gegeben ist, sondern in einem historisch und kulturell vermittelten Prozess konstruiert und über Medien, Erziehung, Religion und andere soziale Institutionen gesellschaftlich vermittelt wird. Daher befassen sich geschlechtersensible Forschungsansätze nicht nur mit strukturellen Problemen der Geschlechterverhältnisse, sondern auch mit den gesellschaftlich vermittelten Deutungsmustern von Geschlechterbeziehungen. Cynthia Enloe unterscheidet für die feministische Analyse beispielsweise drei Ebenen der sozialen Konstruktion hierarchischer Geschlechterverhältnisse. Auf einer allgemeinen Ebene besteht eine gesellschaftliche Arbeitsteilung, auf der „typisch“ weibliche und männliche Tätigkeiten unterschieden werden. Zum zweiten werden diese Tätigkeiten unterschiedlich gewertet: die männliche Tätigkeit erscheint als „produktiv“, „rational“, „qualifiziert“, während weibliche Tätigkeit als „reproduktiv“, „emotional“, „unqualifiziert“ gilt. Drittens begründen Geschlechterverhältnisse auch Machtverhältnisse, die sich in der sozialen Kontrolle einer Gruppe über die andere ausdrückt. Diejenigen, die die angeblich sozial höherwertigen - in der Regel männlichen - Tätigkeiten ausführen, üben Kontrollfunktionen über diejenigen aus, die die angeblich weniger wichtigen, femininen Tätigkeiten ausführen (Enloe 1994: 337).

Die *Gender*-Forschung geht davon aus, dass Geschlechterverhältnisse kein Sonderproblem in der internationalen Politik darstellen, sondern als konstitutives Element globaler Prozesse und Zusammenhänge gelten können. Birgit Locher charakterisiert diese Position folgendermaßen: „Eine solche These geht davon aus, dass *gender* nicht nur individuelle Geschlechtsidentität bestimmt, sondern als strukturelles Konzept in alle Bereiche gesellschaftlichen, politischen und damit auch internationalen Handelns hineinwirkt (Locher 1997: 1).“ Da die Geschlechterverhältnisse in der Gesellschaft in der Regel zugleich Machtverhältnisse konstituieren, ist es für die meisten Arbeiten darüber hinaus charakteristisch, nicht nur nach den Ursachen ungleicher Machtzuweisung zu fragen, sondern Möglichkeiten der Beseitigung von diskriminierender Ungleichheit, Unterdrückung und Marginalisierung zu erörtern. Die *gender*-Forschung ist erkenntnistheoretisch daher emanzipativ

und gesellschaftskritisch ausgelegt.

In der theoretischen Auseinandersetzung mit globalen Entwicklungen hat die kritische Geschlechterperspektive erst in jüngerer Zeit an Bedeutung gewonnen. Die dominanten Denkschulen der internationalen Politik, wie der Realismus und Neo-Realismus, die pluralistischen Ansätze des liberalen Internationalismus sowie die marxistisch geprägten Weltsystemtheorien hatten Probleme der Geschlechterverhältnisse zunächst weitgehend unberücksichtigt gelassen. Die Grundannahmen und Kategorien dieser Theorieansätze waren scheinbar „geschlechtsneutral“ gewählt. Dies entsprach weitgehend einer politischen Realität, in der die „Haupt- und Staatsaktionen“ auf der politischen Weltbühne mehrheitlich von Männern ausgeführt wurden. Diplomatie und Außenpolitik, Militär- und Sicherheitspolitik sowie die Wirtschafts- und Finanzpolitik waren männlich dominierte Sphären. Die historische, soziale und kulturelle Genese von Machtverhältnissen wurde in den herkömmlichen Theorieansätzen kaum reflektiert. Vielmehr standen Macht- und Sicherheitsinteressen von Staaten und Bündnissystemen im Mittelpunkt.

Mit der Globalisierung, in deren Kontext scheinbar unumstößliche Kategorien, wie Macht im nationalen Interesse, Staat und Souveränität, nationale Wirtschaft und Wohlstand, zunehmend unscharf wurden und transnationale Prozesse an Bedeutung gewannen, wurden die traditionellen Ansätze der Analyse internationaler Politik in Zweifel gezogen. Jenseits von Nationalstaatlichkeit und ihrer Organisation im Weltsystem bot sich neben rationalistisch-interessenorientierten Ansätzen an, nach neuen Kategorien und Ansätzen zu fragen.

Die geschlechtersensible Forschung globaler Politik wurde zunächst vor allem durch anglo-amerikanische Veröffentlichungen beeinflusst, fand aber seit Mitte der neunziger Jahre zunehmend auch im deutschsprachigen Raum Aufmerksamkeit. Das Anliegen der ersten feministischen Forschungsarbeiten zum Thema „*gender and international relations*“ bestand darin, ein kritisches Korrektiv zu herkömmlichen Theorien und Konzepten der Analyse von internationaler Politik zu bilden. Die *gender*-Analyse internationaler Beziehungen knüpft an der Kritik binärer Gegensätze wie öffentlich-privat, rational-emotional, Selbst-Anderer, Vernunft-Gefühl an, die in unseren Gesellschaften kulturell als männlich oder weiblich kodiert sind. Diese Gegensätze werden



als soziale Konstrukte verstanden, die dazu beitragen, dass Geschlechterunterschiede aufrechterhalten und Ungleichheiten verfestigt werden. Im Unterschied zu diesen Festschreibungen binärer Gegensätze legt die *gender*-Forschung Wert darauf, dass Begriffe und Konzepte kritisch bearbeitet, dekonstruiert und auf ihren sozialen Bedeutungsgehalt geprüft werden.

Das 1988 veröffentlichte Sonderheft der englischsprachigen Zeitschrift „Millennium“, in dem die Auseinandersetzung in der Disziplin der Internationalen Beziehungen erstmals umfassend dokumentiert wurde, stellte einen Meilenstein für die geschlechtersensible Forschung dar. Nicht nur feministische Wissenschaftlerinnen, sondern auch renommierte „mainstream“-Autoren beteiligten sich an der Debatte. Wenig später erschienen mehrere wichtige Publikationen, die den *gender*-Ansatz als fruchtbar und wegweisend betrachteten und ihn auf verschiedene Forschungsprobleme anwandten (vgl. z. B. Enloe 1993; Tickner 1992; Sylvester 1992). In einem neueren englischsprachigen Lehrbuch wird den feministischen Analysen internationaler Beziehungen sogar eine recht optimistische Entwicklungsperspektive eingeräumt: „The future for feminist international relations looks especially bright as gender analysis is extended to new and existing areas of international studies. What is now the ‚sub-field‘ of feminist IR (International Relations – CL) is growing in interest and research at a rapid rate“ (True 1996: 243).

Diese optimistische Einschätzung wurde indes nicht von allen Autorinnen geteilt. Eine österreichische Wissenschaftlerin beklagt: „Das politikwissenschaftliche Teilgebiet Außenpolitik/Internationale Beziehungen schottet sich gegenüber feministischem Wissen und Kritik ab. Wir haben es mit einer Disziplin zu tun, die anscheinend nicht von Kenntnissen, die auf der Kategorie Geschlecht als grundlegendes soziales und gesellschaftliches Gestaltungs- und Verteilungsprinzip basieren, profitieren will“ (Rosenberger 1998:169). Tatsächlich bleibt die Akzeptanz der *gender*-Ansätze umstritten. Offene Formen der Ablehnung sind heute allerdings seltener; die Diskussion ist zugleich differenzierter und facettenreicher geworden. Sowohl in der angelsächsischen Forschung als auch in den deutschsprachigen Ländern gelten *gender*-Ansätze für viele Wissenschaftler als kritische Forschungsströmung, die zu verschiedenen Aspekten globaler Probleme Entschei-

denes beizutragen hat. Wichtige Impulse erhält diese Forschung zudem aus der Arbeit von internationalen Organisationen. *Gender* ist in internationalen Organisationen, z. B. in der UNO, sowie in den internationalen NGOs (*non-governmental organizations*) ein Schlüsselbegriff für globale Programme und Projekte. Durch die Strategie des *gender-mainstreaming*, welche darauf abzielt, *gender* als Querschnittsaufgabe in allen Politikfeldern zu verankern, und die zunächst in der UNO sowie seit kurzem auch in der Europäischen Union und ihren Mitgliedsländern angewandt wird, ist es zudem gelungen, die Akzeptanz des *gender*-Ansatzes institutionell zu verbreitern.

In der deutschsprachigen wissenschaftlichen Forschung fanden *gender*-Ansätze zunächst mit einer Artikelserie in der „Zeitschrift für internationale Beziehungen“ breitere Aufmerksamkeit. Mitte der neunziger Jahre hatte Birgit Locher (1996) dort den Anspruch der *gender*-Forschung als kritischem Ansatz der Theoriebildung vorgestellt, während Gert Krell (1999) die *gender*-Forschung als „ideologiekritischen“ Ansatz würdigte, zugleich aber vor einem neuen „feministischen Essentialismus“ warnte. Eine neuere Einführung in die internationale Politik nahm die Geschlechterforschung schließlich ausführlicher auf (Albrecht 1999: 97f.), andere theorieeinführende Arbeiten folgten (Krell 2000: 214f.; Lemke 2000: 46f.). So weist Krell in seiner „Einführung in die Theorie internationaler Beziehungen“ darauf hin, wie weit der Dialog zwischen „herkömmlichen“ und geschlechterkritischen Theorien inzwischen entwickelt ist. „Dabei wird deutlich, dass die überlieferte IB-Theorie (Theorie Internationaler Beziehungen – CL) keineswegs so geschlechtsneutral ist, wie sie sich gibt, sie hat weibliche Lebensrealität und Sichtweisen vernachlässigt. Schaut man auf die Frauen oder auf die Geschlechterverhältnisse, dann entsteht in der Tat ein differenziertes, ein anderes Bild ... Auch der Staat und die für Außenpolitik relevanten Institutionen repräsentieren Asymmetrien im Geschlechterverhältnis, nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ. Mit der Dominanz der Männer verbindet sich ein Übergewicht des jeweils vorherrschenden Verständnisses von Männlichkeit, insbesondere im Bereich der Sicherheitspolitik“ (Krell 2000:213).

Die gegenwärtige Diskussion über Globalisierung und *gender* nimmt diese Diskussionsangebote auf und setzt sie konzeptionell um. In der Forschung hat sich



inzwischen ein aktives, globales Netzwerk unter Akademikerinnen und Fachfrauen aus verschiedenen Teilen der Welt gebildet, dessen Ergebnisse international rezipiert werden. Beispielsweise nutzen neuere Forschungsansätze konstruktivistischer Prägung vorliegende Ergebnisse anderer Ansätze, etwa aus der sozialen Bewegungsforschung, für die geschlechtersensible Untersuchung globaler Themen. Selbstbewusst und pragmatisch formulieren die Herausgeberinnen eines aktuellen Schwerpunktheftes der Zeitschrift „WeltTrends“: „Im deutschen Kontext können Feministinnen mehr auf Mainstream-Arbeiten zurückgreifen, um sich einzelne Versatzstücke in einer gender-sensiblen Betrachtungsweise zunutze zu machen, wie etwa aus der sozialen Bewegungsforschung oder dem Sozialkonstruktivismus. Die anfänglich weitgehend kritisch-dekonstruktiv ausgerichtete *gender*-Forschung legt daher zwischenzeitlich zunehmend mehr Gewicht auf ihr rekonstruktives Potenzial, d. h. auf die unkonventionelle Neuperspektivierung internationaler Politik. Jüngere feministische Forscherinnen bemühen sich nicht nur um einen spezifisch feministischen Zugriff auf Phänomene internationaler Politik, der durch eine theoretisch orientierte, empirisch Ausrichtung gekennzeichnet ist, sondern zunehmend auch um einen Dialog mit traditionellen Ansätzen.“ (Brabandt, Locher, Prügl 2002). Die vorgelegte Analyse von Deutungsmustern internationaler Probleme und die Problematik von Normsetzungen bzw. sozialen Konstruktionen von Normen und Werten in der Menschenrechtsfrage erweist sich als theoretisch innovativ. Sie verbindet feministisch-konstruktivistische Ansätze mit der institutionellen Analyse globaler Politik.

Als Zwischenergebnis ergibt sich, dass die *gender*-Forschung eine relativ neue Forschungsrichtung in der Analyse internationaler Politik darstellt. In den letzten fünfzehn Jahren ist die Forschung stark ausdifferenziert worden und hat sich sowohl in theoretischer Hinsicht als auch bezüglich der Themenfelder, mit denen sie sich beschäftigt, breit und international aufgefächert. Vor allem im Rahmen von internationalen NGOs und den UN-Organisationen findet ein intensiver internationaler Austausch statt (vgl. z. B. Ruppert (Hg.), 1998). Gemeinsam ist den verschiedenen Ansätzen, Geschlechterverhältnisse als konstitutiv für Herrschaftsstrukturen zu betrachten, sowie ein deutlicher Bezug zu politisch-gesellschaftlichen Problemen und zur internationalen Frauenbewegung. Eine geschlossene fe-

ministische Theorie der Globalisierung liegt allerdings, trotz vielschichtiger Forschungsergebnisse zu Kernfeldern globaler Prozesse, nicht vor. Die Frauen- und Geschlechterforschung bleibt Großtheorien gegenüber kritisch eingestellt, daher werden von den meisten Forscherinnen Theorien mittlerer Reichweite favorisiert, d. h. Theorien, die problemlösungsorientiert angelegt sind und sich auf bestimmte Felder globaler Probleme oder Themen konzentrieren.

2. Globale Werkbank und geschlechtliche Arbeitsteilung: Ökonomische Aspekte der Globalisierung

Unter dem Begriff der *Globalisierung* werden im allgemeinen eine Reihe von wirtschaftlichen Entwicklungen zusammengefasst, die sich aus dem veränderten Charakter der Weltwirtschaft ergeben. Globalisierung bezeichnet die zunehmende weltweite Verflechtung von Handel und Produktion, Dienstleistungen und Warenströmen. In dieser Bedeutungsdimension ist sie an sich kein neues Phänomen, denn bereits in früheren historischen Phasen gab es schubweise engere weltweite wirtschaftliche Verflechtungen, etwa während der Zeit des Imperialismus zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Allerdings hat das Ausmaß der globalen Ökonomie in den vergangenen Dekaden enorm zugenommen. Charakteristisch ist eine dynamische Verallgemeinerung der Warenform in allen gesellschaftlichen Bereichen, einschließlich der Finanzmärkte, Dienstleistungen, sozialen Beziehungen und kulturellen Deutungen. Bislang geläufige und verbrieftete theoretische Konzepte wie Staat, Territorium, Grenzen werden verflüssigt oder nehmen einen veränderten Charakter an.

Bereits Mitte der 1980er Jahre brachte die britische Politökonomin Susan Strange die neuen Tendenzen der wirtschaftlichen Globalisierung auf den Begriff: Mit der Entwicklung des durch neue Technologien weltweit auf höherer Stufe agierenden Finanzkapitals sei das Geld selbst zur Ware geworden. Aufgrund einer erhöhten Unberechenbarkeit und Anfälligkeit der Finanzmärkte werde eine neue Phase der kapitalistischen Weltwirtschaft eingeleitet, der „*casino capitalism*“. Zehn Jahre später spitzte sie ihre These zu, indem sie schreibt: „Money has indeed gone mad“ (Strange 1998: 3).



Das folgende Schaubild gibt eine Übersicht über die wichtigsten Strömungen der geschlechtersensiblen Forschungsansätze.

Schematische Übersicht: Gender-Ansätze und internationale Politik			
<i>Theoretischer Ansatz</i>	<i>Akteurinnen</i>	<i>Weltbild</i>	<i>Thematischer Fokus und Ziele</i>
Radikaler Feminismus	Selbsthilfe- und Frauengruppen	Hierarchische Geschlechterordnung; Männliche Dominanz und Unterdrückung von Frauen	Macht und Empowerment; Geschlechtergerechtigkeit
Liberaler Feminismus	Frauenbewegung Internationale Organisationen Expertinnen	Frauen als Individuen und Rechtspersönlichkeit Plurale Welt	Gleichheit der Geschlechter Frauenrechte und Herrschaft des Rechts
Globale Politische Ökonomie	Frauen aus dem „Süden“ und Norden Internat. NGOs	„Gender regime“ in der Weltmarkt-Ökonomie	Kritik an Ausbeutung von Frauen, „sex workers“, informelle Ökonomie, Neo-Liberalismuskritik
Postmoderne	Frauen und Männer Selbstrepräsentanz	Gender als Differenz Fragmentierte Welt	Differenzen unter Frauen Diskurse Exklusion, Gewalt, Migration und nicht-staatliche Räume
Konstruktivismus	Akteurinnen soziale Gruppen Internat. Frauenbewegung	Geschlechterverhältnisse als soziale Konstruktion	Diskurse Identitäten „framing“ von gender-Themen Citizenship
„Feministische Normenforschung“	UN und NGOs Soziale Bewegungen Expertinnen	Gender als Strukturkategorie Global Governance	„Frauenrechte sind Menschenrechte“; Kritik Prostitution, Frauenhandel, Menschenrechtsverletzungen

Christiane Lemke, Gender und Globalisierung, „gender-politik-online“, 2003



Die Anfälligkeit nationaler Märkte berge ein immer höheres Risiko für die Individuen, so Strange, insbesondere dort, wo die Politik ihre Steuerungskompetenzen in der Gesellschaft nicht oder nur unvollständig wahrnimmt.

Die zunehmende weltwirtschaftliche Verflechtung beruht im wesentlichen auf der „dritten Revolution“ durch neue Technologien mit der charakteristischen Beschleunigung und Verdichtung von Kommunikation. Elmar Altvater und Birgit Mahnkopf beschreiben Globalisierung „als Beschleunigung in der Zeit und indem Räume erobert werden, die vor gar nicht langer Zeit dem menschlichem Zugriff verborgen waren.... Aus der Perspektive des Weltsystems erscheint der Prozess der Globalisierung als zunehmende Integration von Regionen und Nationen in den Weltmarkt“ (Altvater/Mahnkopf 1996: 11f.). Diese Entwicklung wird durch folgende Daten eindrucksvoll belegt. So hat sich das Gesamtvolumen des Welthandels zwischen 1947 und 1987 nahezu verzweifacht. Der Anteil der Weltproduktion, der grenzüberschreitend gehandelt wird, ist von 7% im Jahr 1950 über 12% 1973 auf 17% 1993 gestiegen. In den OECD-Ländern insgesamt wuchs der Anteil des Außenhandels im Durchschnitt von 12,5% im Jahr 1960 auf 18,6% 1990; in den USA von 4,7% auf 11,4% (Krugman 1995; zitiert nach Altvater/Mahnkopf 1996). Allerdings findet der Welthandel vorwiegend zwischen den OECD-Ländern statt, während die Entwicklungs- und Schwellenländer beim Zugang zum Weltmarkt vielfache Hürden zu überwinden haben. Mehr als die Hälfte des Handels erfolgt im Austausch der westlichen Industrieländer, lediglich rund ein Viertel zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern. Der Weltmarkt wird zunehmend durch die Bildung größerer regionaler Wirtschaftsbündnisse - Nordamerika (NAFTA), Europa (EU) und Asien (APEC) - beherrscht.

Die sozialen und kulturellen Folgen der Globalisierung sind gravierend, aber auch widersprüchlich. Globalisierung beinhaltet nach Altvater und Mahnkopf „die tendentielle ‚reductio‘ der vielen Gesellschaften in der Welt *‘ad unum‘*, zu einer sich globalisierenden Gesellschaft... Wenn Gesellschaften sich nämlich durch Grenzen auszeichnen, die sie gegenüber einer Umwelt absetzen, dann sind diese im Zuge Globalisierung durchlässiger geworden oder gar verschwunden“ (Altvater/Mahnkopf 1996: 12). Mit den globalen Transformationen wandeln sich auch die Produktionsstrukturen in der Gesellschaft. Steigende Direktinves-

itionen von Firmen im Ausland, die Auslagerung von Produktionszweigen in andere, kostengünstige Länder, sowie die Verschlanung der Produktion („lean production“) werden ebenso Kennzeichen neuer Formen der Herstellung von Waren und Dienstleistungen, wie die veränderten Qualifikationsanforderungen auf dem Arbeitsmarkt. Durch weltweite Kostenvergleichsmöglichkeiten verschärft sich die Konkurrenz zwischen standortnahen und fernen Zulieferern („global sourcing“). Tiefgreifende Rationalisierungsmaßnahmen werden durchgeführt, um die Lohnstückkosten zu senken und die Produktivität zu erhöhen. Wenn diese Potentiale im Rahmen nationaler Volkswirtschaften ausgeschöpft sind, erfolgen Produktionsverlagerungen; im Interesse einer kostengünstigen Produktion werden Betriebe und Produktionsstätten dabei häufig in Länder verlagert, in denen Arbeitskräfte billiger und Umweltschutzbestimmungen schwächer oder kaum vorhanden sind („global outsourcing“).

Die Verlagerung der Produktion in nicht- oder de-regulierte Zonen trägt deutlich geschlechtsspezifische Züge. Nach Angaben der International Labour Organisation (ILO) sind derzeit rund 27 Millionen Menschen in etwa 850 Exportproduktionszonen beschäftigt, 80 bis 90 Prozent davon sind Frauen. Die Standortvorteile, die die neuen Billiglohnländer ausspielen, sind junge, flexible und gewerkschaftlich nicht-organisierte Frauen, z. B. für die arbeitsintensiven Bekleidungs-, Elektronik- und Spielzeugfabrikationen (Wichterich 1998). Firmen wie Nike nutzen billige Arbeitskräfte in Asien, Computerfirmen lassen ihre Programmierungen in Indien oder China durchführen, Spielwarenfirmen wie Fischer Price produzieren in Mexiko. Waren es in den südostasiatischen Schwellenländern in den siebziger Jahren nur junge Frauen vor der Heirat, die in diesen Verschleißindustrien beschäftigt wurden, so sind es zunehmend auch verheiratete Frauen und Mütter, die in diesen prekären Beschäftigungsverhältnissen oft die Ernährerinnen von Familien sind. Vor allem in den *Maquiladoras* Zentralamerikas sind Frauen oft die Haupternährerinnen. Allein im Grenzgebiet zwischen den USA und Mexiko hatten sich rund 4.000 *Maquiladoras* angesiedelt, in denen 1998 rund eine Millionen Beschäftigte arbeiteten, darunter mehrheitlich Frauen (<http://www.motherjones.com/wto/soriano1.html>). Die besonderen Regelungen für die Fabriken in diesen Geschäftszone, die auf der Basis von Freihandelsabkommen eingerichtet wurden, lassen die maximale



Ausnutzung von Arbeitskräften bei reduzierten Umwelt-, Lohn- und Arbeitsschutzbestimmungen zu (vgl. z. B. Peterson/Runyan 1993).

Die Segmentation des globalen Arbeitsmarktes weist eindeutig geschlechtsspezifische Züge auf, wobei weltweit eine Zunahme informeller und flexibler Arbeitsformen und ungeschützter Beschäftigungsverhältnisse zu verzeichnen ist (vgl. Wichterich 1998). Nicht nur in der verarbeitenden Industrie, in der Textil- und Elektronikbranche, auch im Dienstleistungssektor findet seit Jahren eine Verlagerung im globalen Maßstab statt. So hatten US-amerikanische Firmen bereits Mitte der achtziger Jahre Buchhaltungs- und Büroarbeiten von Waren- und Versandhäusern, Fluglinien und Banken und Versicherungen in Billiglohnländer wie Jamaika und andere Karibikinseln verlegt. Europäische und japanische Firmen und Behörden lagern inzwischen Teile ihrer Büros, Administrationen und Softwareentwicklungen in Freihandelszonen nach Malaysia, China, Indien und den Philippinen aus. 80 Prozent der arbeitsintensiven, niedrig qualifizierten und gering entlohnten Büro- und Telearbeiten leisten Frauen, jedoch nur ein Viertel der hochqualifizierten Ingenieursarbeiten an Soft- und Hardware. Der dezentralisierte arbeitsintensive Dienstleistungsbereich stellt damit ein neues feminisiertes Segment des Weltmarkts (Wichterich 1998).

Die Transnationalisierung von Arbeitsmärkten und die Arbeitsmigration lässt sich auch im Bereich des Gesundheitssystems zeigen. Rund 70 Prozent der 4,1 Millionen Beschäftigten im deutschen Gesundheitssystem sind Frauen. Bereits in den siebziger Jahren halfen Krankenschwestern aus Südkorea, Sri Lanka und den Philippinen, personelle Engpässe im Pflege- und Gesundheitsbereich zu beheben. Jetzt sind zu den Süd- und Südostasiatinnen Polinnen, Russinnen und andere Osteuropäerinnen hinzu gekommen, vor allem auch in der Altenpflege in Privathaushalten. Die „Verschlankung“ von öffentlicher Verwaltung und von Dienstleistungsangeboten hat eine geschlechtsspezifische Komponente, indem auf freiwillige ehrenamtliche und privat erbrachte Leistungen zurückgegriffen wird, die in allen westlichen Ländern vor allem von Frauen erbracht werden.

Diese Entwicklungen globaler internationaler Arbeitsteilung haben gravierende, aber auch widersprüchliche Auswirkungen für die Geschlechterverhältnisse in

der Gesellschaft. Global betrachtet ist eine neue, geschlechtsspezifische Gesellschaftsspaltung eine Folge der Verflechtung von Märkten. Während die männliche Arbeitskraft zunehmend global agiert, z. B. auf den Finanzmärkten oder im weltweiten Handel, entspricht es der weiblichen Arbeitskraft, eher ortsgebunden und regional fixiert zu bleiben. Weltweit hat die Globalisierung die Unterschiede zwischen den Ländern nicht eingeebnet. Vielmehr hat sich die Kluft zwischen den reicheren und ärmeren Ländern der Welt in diesem Prozess vertieft, auch wenn bestimmte Schichten und Gruppen einer Gesellschaft aufsteigen und selbst Frauen dadurch unter bestimmten Voraussetzungen gewinnen können.

Wie problematisch die Situation von Frauen global betrachtet ist, verdeutlichen zunächst Angaben der Vereinten Nationen. Danach leisten Frauen weltweit zwei Drittel der Arbeit, verdienen jedoch insgesamt lediglich ein Zehntel des globalen Einkommens und besitzen nur ein Prozent des Grund und Bodens. Frühzeitig hatte die feministische Forschung auf gravierende Fehlentwicklungen in der Entwicklungspolitik aufmerksam gemacht, die aus scheinbar „geschlechtsneutralen“ Annahmen westlicher Entwicklungs- und Finanzorganisationen herrührten (vgl. Nelson/Chowdhury 1994: 6). Eine verfehlte Modernisierungsstrategie hatte die Stellung von Frauen in vielen Ländern des Südens und ihre Lebenschancen dadurch untergraben, indem sie deren meist hauswirtschaftlich organisierten Tätigkeiten abgewertet und demgegenüber marktgebundener, meist männlich dominierter Arbeit aufgewertet hatte. Die feministische Kritik an den Strukturanpassungsprogrammen der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (IWF) hatte in den achtziger und neunziger Jahren auf entsprechende Fehlentwicklungen in Afrika und Lateinamerika und auf die sogenannten „kleinen Tiger“ in Asien hingewiesen. Deren Aufschwung beruhte zum großen Teil auch auf der Ausbeutung billigster, meist junger weiblicher Arbeitskräfte. Nach dem Umbruch in Osteuropa wurden problematische Strukturanpassungsvorschläge der internationalen Finanz- und Kreditorganisationen auf die Transformationsländer in Mittel- und Osteuropa übertragen, wo sie auf teilweise heftige Kritik von Frauenpolitikerinnen und NGOs stießen (vgl. z. B. Becker-Schmidt Hg. 2002).

Normative Trennungen von „öffentlicher“ und „privater“ Ökonomie sowie die implizite Zuschreibung von Geschlechterrollen wie den „männlichen Haus-



haltungsvorstand“, der für die Geldgeber in Entwicklungsprogrammen zunächst unhinterfragt zugrunde gelegt wurde, standen dabei im Zentrum der Kritik von Frauenrechtlerinnen und -aktivistinnen. Ein weiteres Problem ist die Verlagerung öffentlicher Leistungen in den privaten Bereich zulasten von Frauen. Strukturelle Anpassungsprogramme der Weltbank machten seit den achtziger Jahren Reduzierungen der Sozialausgaben, z. B. in den Bereichen Bildung und Gesundheit erforderlich, auf die gerade Frauen (und ihre Kinder) angewiesen waren, und führten vielfach zu weiteren Spaltungen in den Gesellschaften. Die Privatisierung sozialer Dienste und kollektiver Güter, die von den internationalen Kredit- und Geldgebern eingefordert wurde, hatte gravierende Folgen, vor allem in den verschuldeten Ländern Lateinamerikas und Afrikas, sowie in einigen osteuropäischen Transformationsländern. Frauen, die weltweit die Mehrzahl der Armen stellen und aufgrund von Schwangerschaft und Geburt ein besonders hohes Krankheitsrisiko tragen, sind oft auf unzulängliche öffentliche Angebote medizinischer Dienste angewiesen. Zugleich fangen sie die Defizite des öffentlichen Systems durch unbezahlte Pflege- und Sorgearbeit an ihren Verwandten auf. Nahezu die gesamte Pflege von AIDS-Kranken ist in Afrika aus dem öffentlichen Gesundheitssystem in die Familien verlagert und wird dadurch von Frauen geleistet. Auch in den Transformationsländern Osteuropas decken Frauen durch ihre unentgeltlichen Leistungen Lücken in der Gesundheitsversorgung und im Pflegebereich ab. Der *welfare mix* zwischen Staat, Markt, Familie und Zivilgesellschaft in diesen Ländern setzt auf den inter-generativen Zusammenhalt traditioneller Familienverbände, wobei sich der „Geschlechtervertrag“ in der privaten Versorgung zuungunsten von Frauen verschiebt.

Widrige politisch-administrative und religiös-kulturelle Bedingungen sind als weitere Ursachen für die global ungleichen Lebenschancen von Frauen in den Entwicklungsländern zu nennen. Ungleiche Bildungschancen von Frauen und Mädchen, die hohe weibliche Analphabetenraten nach sich ziehen, sind ein Haupthindernis für gleiche Lebenschancen. Betroffen sind nicht nur Frauen in islamistisch geprägten oder armen Länder wie Afghanistan, Bangladesch oder Sudan. Selbst größere Schwellenländer wie Indien können keine annähernd gleichen Chancen für Frauen bieten. Der Entwicklungsökonom Amartya Sen kritisiert am Beispiel von Indien beispielsweise den Teufelskreis

von kulturellen Vorurteilen gegenüber Frauen, ihrer mangelnden Bildung und ungenügender wirtschaftlicher Entwicklung. Die gesundheitliche und physische Vernachlässigung kleiner Mädchen aufgrund kultureller Vorurteile und Unkenntnis stellt für Sen eine intolérable Vernichtung sozialen Potenzen der Gesellschaft dar (vgl. Sen 1990). In anderen Ländern haben Korruption und Misswirtschaft, lokale Ausbeutung durch „Warlords“ und Kriegsunternehmer, Bürgerkriege sowie die oft über Jahrzehnte andauernden „neuen Kriege“ eine Ausblutung und Verelendung ganzer Regionen zur Folge. Unter den Flüchtlingen sowie den Armen und Analphabeten bilden Frauen heute weltweit eine Mehrheit. Trotz dieser Benachteiligungen übernehmen sie zentrale Funktionen für das Überleben von abhängigen Familienmitgliedern in Kriegs- und Krisenzeiten.

Kritik an der neoliberalen Wirtschaftspolitik in westlichen Ländern, welche sich seit den 1990er Jahren immer mehr in den internationalen Organisationen durchsetzte, leitete eine neue Phase geschlechtersensibler politischer Ökonomie ein. Angesichts weltweiter Handelsliberalisierungen und neoliberaler Wirtschaftskonzepte wird eine kritische *gender*-Perspektive für die makroökonomischen Konzepte der neuen globalen Ökonomie eingefordert (vgl. Young 2002). Das „*Engendering*“ von Haushaltsbudgets und Förderprogrammen, z. B. in sogenannten „*Gender and Women's Budgets*“ ist heute vor allem bei Frauengruppen und Expertinnen in internationalen Organisationen ein zentrales Anliegen geschlechterkritischer Analyse. Alternative Strategien zu den neoliberalen Tendenzen der Globalisierung schließen Forderungen nach sozialen und ökologischen Mindeststandards im Handel (z. B. Kampagne „Saubere Kleidung“ in der Textilbranche), Umverteilung über Steuern (z. B. Tobin-Steuer) sowie den Aufbau von politischer „Gegenmacht“ in internationalen Organisationen ein.

Die neuen „*gender-Regime*“ greifen weit in die soziale Komposition und die kulturellen Kodierungen der Gesellschaften ein, d. h. sie bleiben nicht auf den ökonomischen Bereich beschränkt. Zu den wichtigsten Entwicklungstendenzen gehören nach Brigitte Young (1998) zum einen die Aushöhlung des „männlichen Familienernährermodells“ (*male breadwinner model*). In Deutschland haben Frauen in den vergangenen beiden Jahrzehnten beispielsweise zwei von drei der über zwei Millionen neu entstandenen Jobs bekommen. Sie stel-



len 70 Prozent der Neu-Beschäftigten in Call Centers und 90 Prozent im freiberuflichen Gesundheitswesen (Frankfurter Rundschau vom 3.4.1999). Die neuen Beschäftigungsformen lösen das traditionelle „Normalarbeitsverhältnis“ zunehmend ab, das noch für den männlichen Lohnarbeiter charakteristisch war. Nicht nur die staatlichen Sicherungs- und Sozialsysteme, auch das Geschlechterarrangement im Familienverband wird hierdurch grundlegend verändert. Die Erosion des Alleinverdienermodells führt oft zur Doppelbelastung von Frauen ohne Kompensation und die Differenzen unter Frauen nehmen zu; einer kleinen Gruppe hochqualifizierter, aufsteigender Frauen steht neben der Mittelklasse eine neue Gruppe billiger, meist aus Einwanderinnen bestehender Arbeiterinnen in schlecht bezahlten Jobs gegenüber, die in Heimarbeit, sozialen und häuslichen Diensten eingesetzt wird (vgl. auch Klingebiel/Randeria 1998).

Die „gender regime“ in den neuen Industrien und Dienstleistungsbetrieben sind zum anderen durch Informalität, Rechtsunsicherheit und prekäre Beschäftigungsverhältnisse charakterisiert. Dadurch werden die Sphären von Privatheit und Öffentlichkeit, Produktion und Reproduktion auch aufgrund der neuen Technologien der globalen Ökonomie grundlegend verändert. Dort wo die Heimarbeit am Bildschirm eine gängige Arbeitsform wird, verschwinden die Grenzen zwischen Erwerbssphäre und privatem Lebensbereich. In den Billiglohnindustrien der Schwellen- und Entwicklungsländer werden Frauen in Ermangelung von Kinderbetreuungsmöglichkeiten häufig gezwungen, ihre Kinder am Arbeitsplatz zu verwahren (Young 1998).

Kennzeichen der neuen globalen Ökonomie ist die Vertiefung von Unterschieden und Ungleichheiten zwischen Frauen. Anschaulich wird dies beispielsweise in Forschungen über die „global cities“ belegt (Sassen 1991; 1996). Charakteristische Kennzeichen der globalen Städte, wie z. B. New York, Tokio, London, sind nicht nur ihre Anziehungskraft für internationale Kapital- und Finanzströme, sondern auch die Migrationsbewegungen, durch die billige, oft illegal in diese globalen Zentren mit ihren „Zitadellen“ des Finanzkapitals eingereiste Arbeitskräfte ein Arbeitskräftereservoir bilden, das sich in den typischen „Gettos“ bzw. ärmeren Stadtteilen konzentriert. In den „global cities“ werden soziale Differenzen zwischen Frauen räumlich konzentriert und sozial verdichtet, indem teilweise

wieder halbfeudale Verhältnisse mit billigst bezahlten Migrantinnen in den Haushalten weißer Mittelschichtsfrauen geschaffen werden. Zugleich ist eine zunehmende Feminisierung der Migration feststellbar: Aus den Philippinen, Indonesien und Sri Lanka wandern bereits mehr Frauen als Männer. 36 Prozent der Filipina, die als Hausangestellte tätig werden, haben ein Hochschulstudium absolviert. Von dieser mit der Migration verbundenen dramatischen Dequalifizierung sind auch Frauen aus Osteuropa in hohem Maße betroffen, die in West- und Südeuropa oder Asien als Haushaltshilfen oder Dienstleisterinnen tätig werden. Mit der Öffnung Ost- und Ostmitteleuropas setzt zugleich ein „brain drain“ qualifizierter Frauen in die westlichen Länder ein, der die Differenzierungen in diesen Ländern wiederum weiter vorantreibt. Zudem mindert die massenhafte Auswanderung die Entwicklungschancen in den Herkunftsregionen und führt dort mittel- und langfristig zur Desintegration sozialer Strukturen.

3. „Sex workers“ und Frauenhandel

Am Beispiel des Frauenhandels soll nun eine konkrete Folge der weltweiten Globalisierung für Frauen verdeutlicht werden. Der Handel mit Menschen ist einer der am schnellsten wachsenden Geschäftszweige, der jährlich Profite in Milliardenhöhe abwirft und inzwischen als lukrativer gilt als der Waffen- und Drogenhandel. Nach Schätzungen der UN und der Internationalen Organisation für Migration (IOM) fallen weltweit etwa vier Millionen Menschen dem Menschenhandel zum Opfer. Der Frauenhandel stellt einen Teilaspekt dieses Menschenhandels dar, der häufig mit anderen schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen einhergeht. In die Europäische Union werden jährlich allein etwa 500.000 Frauen gebracht, davon nach Schätzungen der Europäischen Kommission jährlich etwa 120.000 Frauen und Kinder aus Ost- und Ostmitteleuropa. Expertinnen sind sich einig, dass die Zahl der Opfer kontinuierlich steigt.

Ist der Menschenhandel eine Sonderform illegaler Immigration und sollte er daher als Migrations- und Arbeitsmarktproblem behandelt werden? Oder ist er lediglich eine Form des organisierten Verbrechens, die wie der Drogen- oder Waffenhandel eingestuft und bekämpft werden sollte? Die vorliegenden Berichte zeigen, dass Frauen- und Menschenhandel längst nicht nur eine Nische krimineller Aktivitäten ist, sondern



ein profitabler Wirtschaftszweig, der durch Liberalisierung und Deregulierung stark befördert wird. Aus der Perspektive der geschlechtersensiblen Forschung muss beim Menschenhandel vor allem die Geschlechterdimension berücksichtigt werden. „So sind es in erster Linie Frauen, die überproportional zum Zweck der sexuellen Ausbeutung gehandelt werden. Sexuelle Ausbeutung wiederum stellt ein komplexes soziales und politisches Problem dar, das nicht nur Themen wie Sexualität, Kriminalität und Prostitution berührt, sondern auch Fragen nach Geschlechterrollen und –verhältnissen und damit nach tief verankerten gesellschaftlichen Normen und Praktiken aufwirft. Der Handel mit Frauen ist somit Bestandteil einer geschlechtsspezifischen und geschlechtshierarchischen politischen, ökonomischen und sozialen Ordnung. Frauenhandel erscheint aus einer geschlechterkritischen Perspektive auch als eine Fortsetzung und Vertiefung des ungleichen Status´ von Frauen in patriarchalen Gesellschaften. Er basiert auf einer ausbeuterischen Beziehung zwischen (in der Regel männlichen) Händlern und Zuhältern und ihren Opfern sowie zwischen Klienten und Frauen, die in die Prostitution gezwungen werden“ (Locher 2002: 62). Die Öffnung von Grenzen sowie das Gefälle zwischen Ländern des Westens und Ostens, Norden und Südens begünstigten diesen Handel mit Frauen. Der globale Handel mit Frauen und Mädchen zum Zweck der sexuellen Ausbeutung wird heute zu den häufigsten Formen moderner Sklaverei gezählt (vgl. Locher 2002). Dabei ist zu fragen, welche Besonderheiten dieser Handel aufweist.

Die internationale Nicht-Regierungsorganisation „Coalition Against Trafficking in Women“ (CATW) hat sich die internationale Bekämpfung des Frauenhandels zur Aufgabe gemacht. Sie berichtet regelmäßig auf ihrer website über ihre Aktivitäten, wobei auch die Perspektive der Opfer ausführlich zu Wort kommt (vgl. <http://www.catwinternational.org>). Aus ihren Dokumentationen wird ersichtlich, dass der Frauenhandel ein „global issue“ ist. Frauenhandel wird im globalem Maßstab betrieben und ist nicht auf bestimmte Regionen beschränkt. In Asien werden beispielsweise nepalesische Frauen und Mädchen über kriminelle Organisationen als „sex workers“ nach Indien gebracht und in sexuelle Dienste oder die Prostitution gezwungen. In einer anderen Dokumentation berichtet die NGO über nigerianische Frauen, meist aus der ethnischen Gruppe der Edo, die nach rituellen Entmündigungen beispielsweise in

Italien oder anderen europäischen Ländern Opfer krimineller sexueller Versklavung wurden. Besorgniserregend ist auch die starke Zunahme der Zahl der Frauen, die aus den osteuropäischen Ländern, vor allem aus der Ukraine und Weißrussland sowie aus Russland, nach Europa gebracht werden. Die Strategie von CATW besteht darin, Frauenhandel in einen Zusammenhang mit Menschenrechtsverletzungen zu stellen, um Maßnahmen der internationalen Gemeinschaft einzufordern.

Mit ihrer Position knüpft CATW an eine ältere UN-Menschenrechtskonvention (1949) an und wendet diese Grundsätze auf die aktuellen Verhältnisse an, um gegen Menschenhandel und Prostitution vorzugehen, die die Aktivistinnen als moderne Form der Sklaverei betrachten. Dabei schließt der Frauenhandel nach ihrer Definition auch moderne Formen der sexuellen Ausbeutung ein. Hierzu gehören Tätigkeiten von Frauen in Schönheits- und Massagesalons, Eskort-Dienste oder Telefonsex. Diese weitgefaste Definition beruht auf der These, dass Frauenhandel und Prostitution aus geschlechterhierarchischen gesellschaftlichen Verhältnissen resultieren und daher jede Form der sexuell bedingten Diskriminierung beseitigt werden sollte. In einer international angelegten Kampagne wendet sich die Organisation beispielsweise auch gegen Prostitution. Hier geraten Länder wie Deutschland und die Niederlande in die Kritik, die Prostitution legalisiert haben („state sponsored prostitution“), während Schweden mit seiner Politik der Bestrafung von Freiern positiv herausgehoben wird. „Sweden is one of the first countries to penalize men who buy women for ‘sexual services’ and to frame the buying of commercial sexual abuse as a violation of women’s equality“ (<http://www.qweb.kvinnoforum.se/paper/traffickingrept.html>).

Die Europäische Union, die einerseits den freien Handel befördert, andererseits aber auch den Menschenrechten verpflichtet ist, hat sich dem Thema Frauenhandel in jüngster Zeit verstärkt gewidmet. Bereits unmittelbar nach dem Ende der kommunistischen Herrschaft in Osteuropa war es zu einem sprunghaften Anstieg des Handels mit Frauen aus dieser Region gekommen. Im Jahr 1996 wurde mit STOP ein erstes Programm der EU zur Bekämpfung des illegalen Frauenhandels verabschiedet; kurze Zeit darauf wurde das DAPHNE-Programm eingerichtet, das die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten verbessern und Projekte



im Bereich der Bekämpfung des Menschen- und Frauenhandels fördern und dabei auch NGOs unterstützen sollte. Im Jahr 2000 wurde es in ein mehrjähriges Aktionsprogramm umgewandelt. Zeitgleich führte das Europäische Parlament eine Anhörung und Debatte zum Thema Frauenhandel durch, so dass das Problem größere politische Aufmerksamkeit fand. Die EU-Kommission veröffentlichte schließlich eine breite Dokumentation und Stellungnahme unter dem Titel „Trafficking in human beings – a growing concern“, in der das Problem unmissverständlich und geschlechtersensibel formuliert wird: „Trafficking in human beings is an abhorrent and increasingly worrying phenomenon. It is of a structural, rather than of an episodic nature affecting a few individuals, in that it has extensive implications on the social, economic and organisational fabric of our societies. The phenomenon is facilitated by globalisation and by modern technologies. Trafficking in human beings not only involves sexual exploitation, but also labour exploitation in conditions akin to slavery. The victims are subjected to violence, rape, battery and extreme cruelty as well as other types of pressure and coercion. The Member States of the European Union and the candidate countries are much affected by these scourges to society“ (http://europa.eu.int/comm/justice_home/news/8mars_en.htm). Als Hauptursache des ansteigenden Frauen- und Kinderhandels werden in dem Bericht die neue Armut in ost- und ostmitteleuropäischen Ländern sowie die relativ hohe Arbeitslosigkeit genannt. „In particular women are in a position of vulnerability to become victims of trafficking due to the feminisation of poverty, gender discrimination, lack of educational and professional opportunities in their countries of origin“ (ebenda).

Warum wurde der Frauenhandel relativ spät zu einem zentralen Thema innerhalb der Europäischen Union? Wie erklären sich die verstärkten Aktivitäten seit Mitte der 1990er Jahre? Aus der geschlechtersensiblen Perspektive hat der konstruktivistisch-feministische Ansatz hier ein überzeugendes Erklärungsmodell vorgelegt. Nach einer Analyse von Birgit Locher (2002) sind drei Faktoren relevant:

1.) Engagierte Akteurinnen aus verschiedenen europäischen Ländern bildeten innerhalb der EU ein „advocacy network“ gegen den Frauenhandel. Das Netzwerk entstand aus NGOs und PolitikerInnen, um das Anliegen der meist rechtlosen und misshandelten Frauen im

Sinne einer anwaltschaftlichen Fürsprache öffentlich werden zu lassen.

2.) Durch „Normkopplung“ gelang es den Aktivistinnen, den Frauenhandel in den Kontext von Menschenrechten und Anti-Gewalt-Strategien zu stellen. Die Legitimationsgrundlage der neuen Programme wurde damit erhöht, auch gegenüber nicht-feministischen Politikern. Die Forschung geht hier von einer erfolgreichen „framing“-Strategie aus, durch die das Problem in die breitere Diskussion um Menschenrechte „eingerahmt“ wurde. Zugleich konnte damit erreicht werden, dass die geschlechtliche Dimension der allgemeinen Menschenrechte angemessene Berücksichtigung fand.

3.) Eine günstige „Gelegenheitsstruktur“ förderte die Handlungsmöglichkeiten in den EU-Institutionen. Der EU-Vertrag von Amsterdam (1997) hatte die Innen- und Justizpolitik neu strukturiert und eine europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Menschen- und Frauenhandels ermöglicht. Aktuelle Ereignisse, wie der belgische Sexskandal im Jahr 1996¹, unterstrichen die Brisanz und Aktualität des Themas.

Inwieweit die Initiativen der Europäischen Union und der NGOs, die in diesem Feld aktiv sind, erfolgreich sein werden, muss zukünftigen Untersuchungen vorbehalten bleiben. Auf der Ebene der Normsetzung sind sie, zumindest im regionalen Raum, relativ weit fortgeschritten.

Die weltweite, rasante Zunahme des Frauenhandels zeigt, wie die Globalisierung die Warenform menschlicher Beziehungen immer mehr verallgemeinert; Körper und sexuelle Dienstleistungen, teilweise in verdeckten Zwangsverhältnissen (Zwangsehe), häufiger jedoch als offenes Gewaltverhältnis, werden als Ware gehandelt und grenzüberschreitend im globalen Kontext vermarktet. Analytisch können Menschen- und Frauenhandel daher weder allein als Migrationsthema noch allein als Verbrechensproblem bearbeitet werden; vielmehr erweist sich die geschlechterkritische Dimension als unabdingbar für eine vollständige und angemessene Analyse dieses Problems.

4. Globalisierung und Gewalt: Militär- und sicherheitspolitische Dimensionen

Die Auseinandersetzung mit Krieg und Gewalt stellt eines der wichtigsten „global issues“ der geschlechtersensiblen Forschung dar. Seit dem Bürgerkrieg im zer-



fallenden Jugoslawien zu Beginn der neunziger Jahre ist deutlich geworden, dass die Welt nach dem Ende des Ost-West-Konflikts nicht friedlicher geworden ist. Genozid, Bürgerkriege und Massenvergewaltigungen in Bosnien und Ruanda, bewaffnete Konflikte in der Kaukasusregion (Tschetschenienkrieg), Afghanistan-Krieg und zwei (multinational geführte) Kriege gegen den Irak geben wenig Anlass für Hoffnungen auf eine zivilere Weltordnung. Der Dialog zwischen Religionen und Kulturen wird durch Polarisierungstendenzen zwischen islamistischen Bewegungen und westlichen Ländern, und durch den internationalen Terrorismus als Kehrseite von Globalisierung und Internationalisierung erheblich erschwert.

In ihrer Arbeit über die „neuen Kriege“ argumentiert die britische Politologin Mary Kaldor, dass die klassische Form des Krieges als gewaltsame Konfliktaustragung zwischen Staaten durch „neue Kriege“ abgelöst werde (Kaldor 1997; vgl. auch Münkler 2003). Kennzeichen dieser neuen Kriege ist demnach die treibende Rolle von halbstaatlichen oder privaten „Kriegsunternehmern“; diese Kriege werden nicht mehr zwischen Staaten, sondern innerhalb von schwachen oder zerfallenden Staaten („*failing states*“) geführt, wobei „Warlords“, Guerillagruppen, Söldner, Klans und Männerbünde kriegsmächtig handeln. Rund 80 Prozent der Kriegesopfer sind zivile Personen, im Gegensatz zu den klassischen Kriegen zwischen Staaten, wo mehrheitlich Soldaten und militärisches Personal zu den Opfern zählten. Die Ethnisierung von Konflikten hat außerdem zur Folge, dass es zu besonders grausamen Verbrechen gegen Frauen kommt, wie das Beispiel des ehemaligen Jugoslawiens zeigt.

Gewalt gegen Frauen wird in diesen Kriegen systematisch als Terror gegen die Zivilgesellschaft eingesetzt. So zeigt Mechthild Rumpf (1995), dass die Massenvergewaltigungen von Frauen im ehemaligen Jugoslawien als Kriegsstrategie in einem direkten Zusammenhang mit der Militarisierung und Brutalisierung von Gesellschaften stehen. „Die grenzenlose sexuelle Gewalt ist ein strategisches Mittel in diesem Krieg: Der Frauenkörper wird unmittelbar stellvertretend für den jeweils 'feindlichen' Volkskörper zum ‚Schlachtfeld‘ des Sieges und der Ehre um eine - von Männern - konstruierte nationale Identität und Souveränität. Denn mit der Verletzung des weiblichen Körpers, der Würde der Frau, soll zugleich die Integrität der anderen, feindli-

chen Kultur getroffen werden „ (Rumpf 1995:226).

Mary Kaldor entwickelt die Kategorie der „neuen Kriege“ zunächst am Beispiel des Bosnienkrieges, wobei sie zeigt, dass die ökonomische Basis dieser neuen Kriegstypologie durch Prozesse der Globalisierung befördert wird. Globaler Waffenhandel mit hohen Gewinnspannen, transnationale strategische Kriegsunterstützung, aber auch internationale militärische Interventionen westlicher Staaten charakterisieren diese „extreme Form der Globalisierung“. In vielen Regionen, wie beispielsweise im subsaharischen Afrika, in Afghanistan oder im Kaukasus werden die neuen Kriege auch um sog. weißes (Diamanten; Heroin) oder schwarzes (Öl) Gold geführt; stets bereichern sich „Warlords“ und Kriegsparteien zum Nachteil der Bevölkerung.

Gerade in kriegerischen Situationen leben Männlichkeitsstereotype auf und werden massenhaft über die Bildersprache der modernen Medien verbreitet; ob kampfbereiter, tapferer Soldat oder furchterregender Taliban-Kämpfer, mörderischer Diktator oder patriotischer Staatsmann, die Realität erscheint plakativ und geschlechtlich kodiert. Sprache und Symbolik können selbst konfliktfördernde Elemente darstellen.

Für die geschlechterkritische Forschung haben sich in den letzten Jahren angesichts der brutalen Formen von Gewalt neue Fragen zu den Ursachen und zum möglichen Eingreifen in diese Konflikte gestellt. Präventive Konfliktvermeidung sowie „gender and peacekeeping“ sind zukunftsweisende Themen dieser Forschungsbemühungen. Eine Instrumentalisierung von Frauenrechten zur Legitimation von Kriegshandlungen stößt dagegen auf Ablehnung und Skepsis, vor allem dann, wenn die Situation von Frauen, wie im Fall Afghanistans, auch nach der Beseitigung des frauenverachtenden Taliban-Regimes prekär bleibt (vgl. http://www.rawa-germany.de/frauen_in_afghanistan.html).

Inwiefern sind ausgeprägte Geschlechterhierarchien in Gesellschaften als mögliche Kriegsursachen anzusehen und inwieweit sind sie Folge dieser kriegerischen Auseinandersetzungen? Sind Gesellschaften, in denen stark ausgeprägte Geschlechterpolarisierungen und -hierarchisierungen bestehen, eher für kriegerische Konflikte anfällig? Wo hat „*peace-keeping*“ anzusetzen und welche Relevanz hat „humanitäre Intervention“ durch internationale Organisationen? Bereits in den frühen



achtziger Jahren wurde der Zusammenhang zwischen der Militarisierung von Gesellschaften und der Befestigung von Geschlechterhierarchien problematisiert und die Konstruktion von Männlichkeitsstereotypen durch Krieg und Militär untersucht. Zunächst standen für die feministischen Theoretikerinnen Sozialisationstheorien im Mittelpunkt, die das „System des Unfriedens“ als ein patriarchalisches, auf dem Geschlechterdualismus beruhendes Prinzip erklärten. Hieraus ergab sich im Kontext der Friedens- und Abrüstungsbewegung eine radikal-feministisch begründete pazifistische Grundhaltung. Allerdings ließ sich weder die zunächst vertretene These halten, dass Frauen aufgrund ihrer sozialen Erfahrungen oder biologischen Gegebenheiten „friedfertiger“ seien, noch konnten empirische Forschungen die These vom Patriarchat als primärer Kriegsursache stützen.

Die neuere *gender*-Forschung geht vielmehr davon aus, dass sich kriegerische Konflikte aus multiplen Ursachenverknüpfungen ergeben, in denen geschlechtlich begründete Differenzierungen und Kodierungen einen zentralen Raum einnehmen, aber nicht auf den Geschlechterdualismus reduziert werden können. Die Theoretisierung von Männlichkeit und Weiblichkeit im Zusammenhang mit Militär und Gewalt lässt sich nicht auf differenztheoretische oder psychoanalytische Annahmen beschränken. Ruth Seifert hebt bezugnehmend auf Judith Butler hervor: „dass eine Frau zu sein nicht alles ist, was Frau ist. Geschlechtsidentität wird in verschiedenen geschichtlichen Kontexten nicht übereinstimmend und einheitlich gebildet, sondern überschneidet sich mit rassistischen-ethnischen, sexuellen, regionalen und klassenspezifischen Identitäten, die in Fragen kollektiver Gewaltanwendung *auch* eine Rolle spielen“ (Seifert 1999: 56). In den neuen Kriegen und globalen militärischen Auseinandersetzungen sind Frauen weder nur (obwohl immer häufiger) Opfer, noch sind sie unter den Aktivistinnen für friedliche Konfliktlösungen mehrheitlich vertreten. Sie sind vielmehr eingebunden in eine komplexe Matrix von Herrschaft und Gewalt, basierend auf religiösen, gesellschaftlichen, machtpolitischen und ökonomischen Dimensionen, unter denen die Geschlechterdimension eine wesentliche Problemebene darstellt. Militante Gewalt, wie im Nahen Osten, im Tschetschenienkonflikt und bei einigen islamistischen Gruppen, wird auch von Frauen ausgeübt. Umgekehrt kann ebenso die Problematik der Männergewalt in den neuen Kriegen mit den herkömmlichen Patriarchatstheorien nicht zureichend erfasst werden, da

sie regionale und ökonomische Zusammenhänge sowie kulturelle und religiöse Deutungsmuster vernachlässigt, die der Konstruktion von Geschlechterverhältnissen zugrunde liegen.

Globalisierung und Gewalt gegen Frauen in den neuen kriegerischen Konflikten fordert die kritische Geschlechterforschung theoretisch und konzeptionell heraus. „In Anbetracht der Prognose, dass im Jahr 2000 achtzig Prozent der Weltbevölkerung im Süden leben wird, können wir, die im Westen leben, es uns nicht mehr erlauben, eine Wissenschaftstradition zu privilegieren, die sich auf die Anliegen und Ambitionen der Großmächte konzentriert“ (Tickner, in: Braun u. a. 2000: 382). Kritisch plädierte die amerikanische Politikwissenschaftlerin J. Ann Tickner schon in ihrer 1992 veröffentlichten Studie für eine neue Herangehensweise in der globalen militär- und sicherheitspolitischen Diskussion. In „einer Welt, die auf dem Kopf steht“, so Tickner, muss sich die internationale Politik grundsätzlich auch mit den eigenen theoretischen Grundannahmen auseinandersetzen. Vor diesem Hintergrund forderte Tickner einen neuen Ansatz zur Analyse von Militär- und Sicherheitspolitik auf Basis der kritischen *gender*-Forschung. Tickner (1992; 1996) zeigt, dass wichtige Grundbegriffe internationaler Politik wie Macht, Souveränität von Staaten und Sicherheit im Kern „männliche Konstrukte“ darstellen, die die historisch entstandenen, überlieferten Machtverhältnisse reproduzieren. In ihrer Kritik am neo-realistischen Machtbegriff argumentiert sie, dass dieser Begriff traditionelle männliche Attribute des rationalen, strategischen Kalküls, des Machtstrebens und der Konkurrenz, wie sie von Hobbes und Machiavelli begründet wurden, auf Staaten projiziert. Die Annahme, dass Staaten in der anarchischen Welt Sicherheit erhöhen können, ist nach Tickner irreführend, da sie zum einen nach innen die Gewalt, die in einem Staat stattfindet, wie häusliche Gewalt gegen Frauen oder Vergewaltigung, ignoriert, und zum anderen ein „rationales“ Verhalten von Staaten nach außen hypostasiert.

Tickner gehört zu den ersten Forscherinnen, die die herkömmliche analytische Trennung zwischen Außen- und Innenpolitik in Frage stellt. „Die Bezugnahme auf feministische Theorien ... könnte uns helfen, diese Konzepte in einer Form neu zu formulieren, die uns andere Perspektiven eröffnet, um unsere gegenwärtigen Sicherheitsprobleme zu lösen. Mit der Behauptung,



dass das Persönliche politisch ist, haben uns feministische Wissenschaftler/-innen auf die Unterscheidung zwischen öffentlich und privat in der Innenpolitik aufmerksam gemacht: Diese künstliche Grenzunterscheidung auch in der Innenpolitik zu untersuchen, könnte ein neues Licht auf Unterscheidungen in der internationalen Politik werfen, wie die zwischen Anarchie und Ordnung, die ein wesentlicher Bestandteil des konzeptionellen Ansatzes des realistischen Diskurses sind“ (Tickner, in: Braun u. a. 2000: 381). Während herkömmliche Theorien internationaler Beziehungen konzeptionell und methodisch zunächst zwischen Innen- und Außenpolitik unterschieden haben, sieht die feministische Forschung einen engen Zusammenhang bzw. eine Wechselwirkung zwischen beiden Bereichen. In der Auseinandersetzung mit anderen neueren Strömungen, etwa dem Sozialkonstruktivismus, hat sie wichtige Denkanstöße geben können.

Wie Tickner argumentiert, folgt aus dem traditionellen Machtbegriff in der Analyse der Außenbeziehungen von Staaten ein zu eng gefasster Sicherheitsbegriff. Realisten und Neorealisten, mit denen sich Tickner vor allem kritisch befasst, seien nahezu ausschließlich auf militärische und wirtschaftliche Probleme fixiert, während andere wichtige Bereiche, wie Umweltprobleme, soziale Marginalisierung bzw. Weltarmut ausgeklammert würden. Weltpolitisch bedrohliche Konflikte können nach Tickner jedoch nicht bewältigt werden, wenn soziale Hierarchien bestehen bleiben, die auf der herkömmlichen Geschlechterordnung basieren. Konzepte von Macht sollten vielmehr auf einem neuen, kooperativen Machtverständnis aufbauen, das den Weg zu einer Neuverteilung von Macht zugunsten einer größeren Gleichheit und Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern ebnet (redistributiver Machtbegriff). Vor diesem Hintergrund entwickelt Tickner einen erweiterten Sicherheitsbegriff, der den Schutz vor äußerer Bedrohung mit innerer Sicherheit zusammenführt, denn sie bezweifelt, dass internationale Politik langfristig friedlich gestaltet werden kann, ohne die hierarchischen Beziehungen, die auf geschlechtlich bedingter Über- und Unterordnung basieren, abzubauen. Der erweiterte Sicherheitsbegriff ist zugleich an globalen Zielen der Friedenserhaltung und der gerechteren, ökologisch verträglichen Weltordnung orientiert („shared power“ im Gegensatz zu „assertive power“). Konzeptionell schließt er neben kollektiven Systemen der Sicherheit wirtschaftliche und ökologische Sicherheit mit

ein, sowie eine gerechtere Verteilung der Ressourcen zwischen dem Süden und den nördlichen Industrienationen (Tickner 1992; 1996).

Mit der Kritik am Grundparadigma der Macht wird das Feld für eine Reihe weiterer Nachfragen in der Theoriebildung geöffnet. Dazu gehört vor allem die kritische Auseinandersetzung mit dem Begriff des Staates. „Through a feminist lens, the traditional generic actors and units of analysis in IR (International Relations - C.L.), statesmen and national states in the context of an international system are revealed as gendered social constructions which take specifically masculine ways of being and knowing in the world as universal“ (True 1996: 227). Grundkonzepte wie das staatliche Machtstreben, der Souveränitätsbegriff oder das System der internationalen Herrschaft werden als „männliche Konstrukte“ verstanden und auf implizite Vorannahmen hin untersucht und kritisch hinterfragt. Dabei wird auch ihr historischer und wissenssoziologischer Kontext aufgezeigt, um vermeintlich „objektive“ Grundannahmen zu überprüfen. Ziel ist, die hierarchischen Geschlechterarrangements, die mit diesen Konzepten verbunden sind, offen zu legen. Aus dieser Perspektive muss beispielsweise die Unterscheidung von „high politics“ und „low politics“ in der internationalen Politik hinterfragt werden, da sie bereits eine Vorentscheidung impliziert, indem der Sicherheits- und Verteidigungspolitik ein „höherer“ Rang zugewiesen wird als den globalen sozialen oder ökologischen Problemen. Rebecca Grant und Kathleen Newland (1991) beobachten für die englischsprachige Forschung, dass sich Theorien internationaler Beziehungen sehr stark auf die „Anarchie“ in der internationalen Politik konzentrieren und solche politisch-strategischen Entscheidungen in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen stellen, die auf Konkurrenz-Modellen basieren oder die – wie in der Sicherheitspolitik – permanente Furcht hypostasieren und „nationale Interessen“ über globale Sicherheit stellen. Theorien internationaler Beziehungen seien „excessively focused on conflict and anarchy and a way of practicing statecraft and formulating strategy that is excessively focused on competition and fear“ (Grant/Newland 1991:5).

Die Lebenszusammenhänge, die vor allem Frauen (und Kinder) betreffen, werden in der internationalen Politik dagegen nur marginal behandelt oder gänzlich ausgeblendet, so dass die hierarchischen Beziehungen

zwischen den Geschlechtern in der Theorie durch den Ausschluss „privater“ Beziehungen reproduziert werden.

Gewalt gegen Frauen im Krieg wurde vor allem durch die Arbeit internationaler NGOs enttabuisiert. Zivilgesellschaftliche Initiativen, wie beispielsweise die Gründung von „medica mondiale“ im Jahr 1992, die während des Bosnien-Krieges auf Initiative der Schweizer Ärztin Monika Hauser gebildet wurde und auch in Afghanistan sowie im Irak kriegstraumatisierten Frauen und Kindern medizinische Hilfe sowie psychologische Beratung und Betreuung anbietet, zeigen, wie wichtig die Tätigkeit ziviler, basisorientierter NGOs ist (vgl. www.medicamondiale.org/index_d.html). Durch gezielte Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit wurde schließlich auch Gewalt gegen Frauen in Kriegszeiten in die Kodierung internationalen Rechts aufgenommen. So gelang es Aktivistinnen vor wenigen Jahren, sexuelle Gewalt und Vergewaltigungen in kriegerischen Auseinandersetzungen, die bislang als „Sittlichkeitsdelikt“ eingestuft wurden, als Menschenrechtsverletzung zu brandmarken und als Straftatbestand in der internationalen Rechtsprechung zu kodifizieren. Die Massenvergewaltigungen im ehemaligen Jugoslawien werden derzeit vom Tribunal in Den Haag als Kriegsverbrechen verfolgt, und der kürzlich etablierte „Internationalen Strafgerichtshof“ (ICC) kann diese Verbrechen zukünftig ebenso wie Genozid ahnden. An dieser Definition des Straftatbestandes waren Frauen-NGOs bei der Verabschiedung des Statuts des ICC in Rom maßgeblich beteiligt.

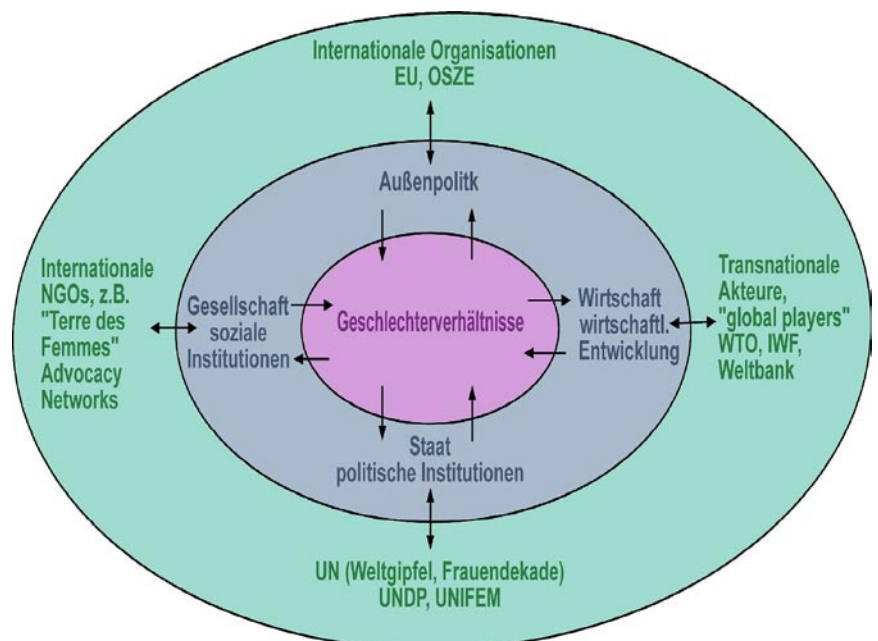
5. „Global Governance“ und politische Handlungsmöglichkeiten: Größere Geschlechtergerechtigkeit durch internationale Organisationen?

Die politischen Handlungsmöglichkeiten für Frauen im internationalen Bereich haben sich mit der Globalisierung deutlich verändert. Das Engagement in den verschiedenen internationalen Organisationen, wie den Vereinten Nationen und ihren Sonderorganisationen, sowie in den internationalen Nicht-Regierungsorganisationen wird insgesamt als positive Entwicklung einer global

orientierten Politik angesehen. Dabei findet in den letzten Jahren eine Verschiebung statt. War das Engagement zunächst auf internationale Organisationen, vor allem die Vereinten Nationen und ihre Sonder- und Unterorganisationen konzentriert, so ist heute zusätzlich ein globales Netzwerk internationaler nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) aktiv. Vor allem um frauenpolitische und *gender*-Themen haben sich neue NGOs gebildet, deren Ziel darin besteht, frauenspezifische Probleme und Geschlechterdiskriminierung öffentlich zu artikulieren und politische Handlungsstrategien zu entwickeln. Die neuen Mittel der Kommunikation werden dabei gezielt von Frauen genutzt, um ihre Anliegen öffentlich gezielt und teilweise sehr wirksam zu vertreten.

Systematisch betrachtet kann *gender* auf drei Ebenen globaler Politik bezogen werden: die Mikroebene von sozialen Geschlechterverhältnissen im lokalen Kontext, die nationale Ebene mit der Außenpolitik von Staaten, und schließlich die internationale Ebene der globalen Organisationen, transnationalen Akteure, Bewegungen und Netzwerke. Eine strenge Trennung zwischen diesen Ebenen wird in der geschlechtersensiblen Forschung abgelehnt; vielmehr betrachtet sie die wechselseitige Beeinflussung der drei Ebenen als wesentliches Merkmal der globalen Politik. Der Zusammenhang zwischen der Mikroebene, den nationalen und internationalen Prozessen lässt sich schematisch wie folgt darstellen:

Schaubild: Geschlechterverhältnisse und globale Politik





Das öffentliche Bewusstsein über geschlechtlich bedingte Diskriminierung, Gewalt und Ungleichheit hat heute weltweit zugenommen, befördert durch neue Medien der Kommunikation und eine sensibilisierte Öffentlichkeit. Zugleich hat sich die politische Solidarisierung vor dem Hintergrund regionaler, kultureller und religiöser Unterschiede und sozialer Ungleichheiten verändert; das frauen- und geschlechterpolitische Feld ist vielschichtiger geworden. Eine *einheitliche* frauenpolitische Position ist heute kaum mehr vertretbar, aber der Dialog über Differenzen ist intensivier und zugleich offener geworden.

Im Mittelpunkt eines internationalen Engagements von Frauen standen zunächst die Aktivitäten im Rahmen der Vereinten Nationen. Im Jahr 1975 riefen die Vereinten Nationen erstmals eine Dekade zum Thema „Gleichheit-Entwicklung-Frieden“ aus, die 1985 mit einer großen Frauenkonferenz in Nairobi beendet wurde. Ein wichtiges Ergebnis dieser Aktivitäten bestand in der Gründung neuer Sonderorganisationen, die frauenspezifische Projekte in der Entwicklungszusammenarbeit koordinieren und auch die *gender*-Forschung fördern sollten. Eine erste, systematisch vergleichende internationale *gender*-Studie, die auf die UN-Frauenkonferenz in Nairobi 1985 zurückgeht, wurde Anfang der 1990er Jahre vorgelegt (Nelson/Chowdhury 1994). Die 43 Länder, die in diese Untersuchung einbezogen wurden, repräsentieren verschiedene Regionen der Welt, so dass erstmals eine Bestandsaufnahme über die globalen Lebensverhältnisse von Frauen sowie ihr politisches Engagement möglich wurde. Die Herausgeberinnen der Studie, die aus einer geschlechtersensiblen Perspektive und unter Beteiligung von Frauen aus den entsprechenden Ländern verfasst wurde, verorten die Frauensituation in einer komplexen sozialen Hierarchie, die durch mehrere Faktoren gebildet wird, wobei *gender*, bzw. die Geschlechterverhältnisse, die zentrale Dimension darstellt. Ausgehend vom *gender*-Ansatz kann die Kategorie „Frau“ differenzierter gefasst und im jeweiligen sozialen und politischen Kontext reflektiert werden.

Bis heute sind die empirischen Materialien und die statistischen Daten über die widersprüchlichen Entwicklungen in verschiedenen Regionen, sozialen Schichten und kulturellen Gruppen aufgrund fehlender geschlechtsspezifischer Differenzierungen allerdings lückenhaft. Eine wesentliche Herausforderung sehen

MitarbeiterInnen in internationalen Organisationen daher darin, globale Unterschiede in den Lebenschancen zwischen Frauen und Männern durch Indikatoren zu ermitteln. Der „Human Development Report 2001“ der UNO weist inzwischen einen „gender-related development index“ (GDI) aus, der auf geschlechtsspezifischen Angaben zur Lebenserwartung, zum Bildungsstand sowie zum Einkommen in Ländern basiert. Dieser Index kann kritisch auch als Geschlechter-Diskriminierungs-Index gelesen werden. Daneben enthält der UN-Bericht Angaben zum „gender empowerment measure“, sowie über „gender inequality in education“, „gender inequality in economic activity“ und „women’s political participation“ (vgl. Link zu Länderprofilen). Diese geschlechtsspezifisch aufgeschlüsselten Daten ermöglichen uns heute genauere empirische Untersuchungen über Frauen in unterschiedlichen Kulturen und Regionen sowie eine differenziertere Bewertungen von Politik-Instrumenten und -Strategien.

Die Selbstrepräsentanz von Frauen in der UNO wurde verbessert, indem neben der entwicklungspolitischen Organisation UNDP weitere Abteilungen eingerichtet wurden. Große Erwartungen richteten sich an die 1987 mit spezifischer Aufgabenstellung eingerichtete UN-Frauenorganisation UNIFEM, die allerdings recht klein ist. Einen Höhepunkt fanden die UN-Frauenaktivitäten mit der Weltfrauenkonferenz in Peking 1995, die internationale Beachtung fand (vgl. z. B. Ruf 1996; Wichterich 1995). Für die internationale Frauenbewegung und vor allem für Frauen aus dem Süden sind die UN-Organisationen inzwischen ein wichtiges Forum für globale *gender*-Fragen geworden (vgl. die website Women Watch: www.un.org/womenwatch).

Wie eingehende Studien zeigen, haben die Konferenzen der Vereinten Nationen Frauen ein internationales Forum für grenzüberschreitende Kommunikation und für Strategieentwicklungen geboten, das sie für ihr politisches „*empowerment*“ gezielt nutzen konnten. Die Sonderorganisationen nehmen bis heute eine wichtige Koordinierungsfunktion für die UN-Aktivitäten ein. Gerade für die im politischen Entscheidungs- und Machtprozess der meisten Länder sehr schwach vertretene Gruppe der Frauen stellen die Vereinten Nationen eine der wichtigsten politischen Ressourcen im internationalen System dar, auf die sie zur Verbesserung der Frauensituation und zur Durchsetzung der allgemeinen Menschenrechte angewiesen sind (Brabandt, Locher,



Prügl Hg. 2002; Joachim 2001). Der Bedeutungsverlust, den die UNO im Zuge des zweiten Golfkriegs und der Konflikte um den Irak-Krieg 2002/03 erlitten hat, sowie die Enttäuschung über die mit hohem finanziellen Aufwand ausgerichteten, politisch aber begrenzt wirkungsfähigen Weltkonferenzen hat den Aktionsraum von Frauen verändert. Die wichtigste Verschiebung findet zugunsten von zivilgesellschaftlichen bzw. „grass-roots“- und „advocacy“-Gruppen statt, wobei deren basisdemokratischer Charakter aus politischen Gründen nicht selten kräftig überschätzt wird. Auch basisorientierte Gruppen kennen Probleme der Hierarchisierung, Bürokratisierung und mangelnden Transparenz (Ruppert u. a. 1998).

Internationale NGOs, deren Bedeutung in den letzten zehn Jahren sprunghaft angestiegen ist, übernehmen heute eine zentrale Funktion in der Bearbeitung von globalen *gender*-Problemen (vgl. Anheier/Glasius/Kaldor Hg. 2001 und 2002). Transnationale Vernetzung und transkulturelle Verständigung zwischen Frauen unterschiedlichster Herkunft, Ethnie, Religion und sexueller Orientierung haben das frauenpolitische Feld ausdifferenziert und gestärkt. Viele der NGOs haben inzwischen einen beratenden Status bei den Vereinten Nationen. Nach ihrer Definition ist eine NGO eine internationale Organisation „which is not established by intergovernmental agreement shall be considered as a non-governmental organization.... including organizations which accept members designated by government authorities, provided that such membership does not interfere with the free expression of view of the organization“ (Meyers 1994: 546). Gerade „schwache“ Gruppen, d. h. solche die in den etablierten Institutionen auf nationaler und internationaler Ebene unterrepräsentiert sind, bzw. Gruppen, die neue gesellschaftliche Themen aufgreifen und politisieren, können häufig über NGOs wirksamer agieren, als über die klassische Diplomatie und Außenpolitik. Organisationen wie „Terre des Femmes“, WIDE, „Human Rights Watch“ oder das „advocacy network“ setzen sich öffentlichkeitswirksam und engagiert für *gender*- und Frauenthemen ein. Der Aufbau von Verhandlungssystemen als Brücken zwischen dem zivilgesellschaftlichen und staatlichen Bereich, zwischen institutionellen und basisorientierten Positionen stellt dabei ein wesentliches Aktionsfeld dar. Leitmotiv bildet das Anliegen von Frauen, an Normsetzung und -veränderung politisch beteiligt zu sein und als „weltbürgerliche Subjekte“ politikge-

staltend zu agieren (Ruppert 1998). Beispielhaft lässt sich dies auch in den Transformationsgesellschaften Ost- und Ostmitteleuropas zeigen, wo die zivilgesellschaftlichen Gruppen und NGOs von Frauen, die häufig international vernetzt sind, für den Aufbau demokratischer Strukturen eine zentrale Funktion übernommen haben (vgl. Fuchs/ Hinterhuber 2003).

Die auf verschiedenen Ebenen – international, national und global – stattfindende Internationalisierung des *gender*-Diskurses wird derzeit vor allem als Frauenrechtsdiskurs geführt. Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts haben Menschenrechtsprobleme eine zentrale Bedeutung in der internationalen Politik erlangt. Die amerikanische Politikwissenschaftlerin Saskia Sassen spitzt den Zusammenhang zwischen der Globalisierung und den Menschenrechten so zu: „Neben der vom Nationalstaat repräsentierten, eher traditionellen normativen Ordnung gibt es inzwischen zwei neue Stätten der Normenbildung: Der globale Finanzmarkt und das internationale Menschenrechtssystem. Obwohl die internationalen Menschenrechte ursprünglich in den Gründungsurkunden von Nationalstaaten verwurzelt sind, besitzen sie heute die Kraft, die ausschließliche Autorität des Staates über seine BürgerInnen zu untergraben, und können dadurch zur Veränderung des zwischenstaatlichen Systems und der internationalen Rechtsordnung beitragen. Sowohl in Westeuropa als auch in den Vereinigten Staaten war es vor allem die Situation von ImmigrantInnen und Flüchtlingen, die zu einer wichtigen Triebkraft bei der Ausweitung des Menschenrechtssystems wurde“ (Sassen 1998:211). Die Auswirkungen der Globalisierung sind für Sassen daher ambivalent: einerseits untergraben die internationalen Finanzmärkte die Steuerungsfähigkeit von Politik und verschärfen Geschlechterdifferenzierungen, andererseits ermöglicht die neue transnationale Kommunikation einen gemeinsamen frauenpolitischen Bezug auf universell gültige Menschenrechtsnormen.

Diese Erwartung bildet auch die Grundlage für die „feministische Normenforschung“ (Locher u. a. 2003). Im Mittelpunkt dieser sozialkonstruktivistisch beeinflussten Forschungsarbeiten steht das Konzept von sozialen Normen, die als wertegestützte, intersubjektiv geteilte Erwartungen angemessenen Verhaltens definiert werden. Als zentrale Frage der feministischen Normenforschung gilt dabei die Entstehung der „FrauenMenschenrechtsnormen“ auf der internationalen



Ebene (vgl. Brabandt, Locher, Prügl 2002). Gefragt wird, wie sich innerhalb von internationalen Organisationen, z. B. in den Vereinten Nationen oder der Europäischen Union, frauenrechtliche Normen durchsetzen (lassen), die sich gegen Frauenhandel und Prostitution, geschlechtliche Gewalt und Folter und andere Menschenrechtsverletzungen richten. Tatsächlich hätte die transnationale Frauenbewegung ihren größten Erfolg, die Gewalt gegen Frauen als Menschenrechtsverletzung auf internationaler Ebene zu enttabuisieren, ohne die Einbettung in das Menschenrechtskonzept nicht erzielen können.

Global betrachtet haben die politische Organisation von Frauen und die weltweite Vernetzung von Frauengruppen in den vergangenen zwanzig Jahren deutlich zugenommen. Ob und inwieweit dadurch langfristig eine Zivilisierung der internationalen Politik verwirklicht werden kann, ist heute noch eine offene Frage. Allerdings kann die Auflösung herkömmlicher Geschlechterhierarchien und ihre schrittweise Transformation in partizipative Politik- und Sozialformen auch und gerade in der internationalen Politik dazu beitragen, die Zivilisierung der internationalen Gemeinschaft ein Stück voranzubringen.

Die Analyse internationaler Beziehungen „aus der Geschlechterperspektive“, d. h. auf Basis eines *gender*-Ansatzes, stellt herkömmliche Denkweisen über internationale Politik grundsätzlich in Frage. Sie gehört daher zu den kritischen Wissenschaftskonzepten. Für die Analyse der Globalisierung bieten *gender*-Ansätze ein zukunftsweisendes Forschungsfeld für die geschlechtersensible Analyse, die das Projekt einer globalen Zivilgesellschaft vorantreiben könnte.

6. Fragen zur Weiterarbeit am Thema „Gender und Globalisierung“

6.1 Was bedeutet es, „gender“ als Kategorie in der Globalisierungsanalyse zu verwenden? Was ist mit dem Begriff der „geschlechtersensiblen Analyse der internationalen Politik“ gemeint?

6.2 Welche Auswirkungen hat die geschlechtsspezifische Spaltung zwischen „privater“ und „öffentlicher“ Sphäre auf die Situation von Frauen und Männern im Bereich der internationalen Politik?

6.3 Inwiefern hat die globale geschlechtliche Arbeitsteilung negative Folgen für Frauen? Gibt es positive Entwicklungen?

6.4 Inwieweit ist die Geschlechterdimension im Menschenhandel relevant? Welche Besonderheiten weist der Handel mit Frauen und Kindern auf und welche Gegenmaßnahmen sind entwickelt worden?

6.5 Inwiefern sind ausgeprägte Geschlechterhierarchien in Gesellschaften als mögliche Kriegsursachen anzusehen und inwieweit sind sie Folge dieser kriegerischen Auseinandersetzungen? Sind Gesellschaften, in denen stark ausgeprägte Geschlechterpolarisierungen und -hierarchisierungen bestehen, eher für kriegerische Konflikte anfällig?

6.6 Welche Bedeutung haben internationale Organisationen und worin bestehen die Vorteile (und ggf. Nachteile) von NGOs? Wie lässt sich dies auf die Analyse des Frauenhandels anwenden?

6.7 Inwiefern bieten geschlechtersensible Ansätze der Analyse internationaler Politik Perspektiven zur Verbesserung der globalen Situation?

7. Links

Amnesty International: www.amnesty.org

Internationale Menschenrechtsorganisation, die sich auch für die Rechte von Frauen und Mädchen einsetzt, z. B. im Kampf gegen die genitale Verstümmelung und die Anerkennung von sexueller Gewalt als Asylgrund.

Europäische Union, Frauenpolitik:

http://europa.eu.int/comm/employment_social/equ_opp/links_en.html

Gateway der Europäischen Union zu Frauen- und Genderpolitik der EU und NGOs in Europa

Globale Zivilgesellschaft, Jahrbuch der London School of Economics: Global Civil Society 2001, hrsg. von Helmut Anheier, Marlies Glasius, Mary Kaldor

Human Rights Watch: www.hrw.org

Defending Human Rights Worldwide

Network Women's Program:

<http://www.soros.org/women/html/about.htm>



Established in 1997, the Network Women's Program (NWP) is a program of the **Open Society Institute (OSI)**, a private operating and grantmaking foundation that develops and implements a range of programs in civil society, education, media, public health, and human and women's rights, as well as social, legal, and economic reform. OSI is at the center of an informal network of foundations and organizations active in more than 50 countries worldwide that supports a range of programs. Established in 1993 by investor and philanthropist George Soros, OSI is based in New York City and operates network-wide programs, grantmaking activities in the United States, and other international initiatives. OSI provides support and assistance to Soros foundations in Central and Eastern Europe and the former Soviet Union, Guatemala, Haiti, Mongolia, South, Southern and West Africa.

Terre des Femmes:

<http://www.terre-des-femmes.de>

Terre des Femmes ist eine gemeinnützige Menschenrechtsorganisation für Frauen und Mädchen, die durch internationale Vernetzung, Öffentlichkeitsarbeit, Aktionen, Einzelfallhilfe und Förderung von einzelnen Projekten Frauen und Mädchen unterstützt. Die Organisation setzt sich dafür ein, dass Frauen und Mädchen ein gleichberechtigtes und selbstbestimmtes Leben führen können und unveränderliche Rechte genießen.

UNDP (UN-Development Programme):

<http://www.undp.org/>

UNDP is the UN's global development network. It advocates for change and connects countries to knowledge, experience and resources to help people build a better life. We are on the ground in 166 countries, working with them on their own solutions to global and national development challenges. As they develop local capacity, they draw on the people of UNDP and our wide range of partners.

UNIFEM (UN-Development Fund for Women):

<http://www.unifem.org/>

UNIFEM is the women's fund of the UN. It is working for women's empowerment and gender equality.

Women's Environmental Development Organisation: **<http://www.wedo.org/>**

that seeks to increase the power of women worldwide

as policymakers at all levels in governments, institutions and forums to achieve economic and social justice, a healthy and peaceful planet, and human rights for all.

Women Watch: www.un.org/womenwatch

UN-gateway to the Advancement and Empowerment of Women (UNDP; UNIFEM)

Weltbank: www.worldbank.org/gender

GenderNet

Women in Informal Employment: Globalizing and Organizing (WIEGO): www.wiego.org

WIEGO is a worldwide coalition of institutions and individuals concerned with improving the status of women in the economy's informal sector.

8. Literatur

Albrecht, Ulrich (1999): Internationale Politik. Einführung in das System internationaler Herrschaft, 5. Aufl., München.

Altwater, Elmar/Birgit Mahnkopf (1996): Globalisierung und Weltmarkt, Münster.

Anheier, Helmut/Glasius, Marlies/Kaldor, Mary (Hrsg.) (2001): Global Civil Society 2001, Oxford: Oxford Univ. Press.

Brabandt, Heike, Birgit Locher, Elisabeth Prügl: Normen, Gender und Politikwandel: Internationale Beziehungen aus der Geschlechterperspektive, in: WeltTrends, Nr. 36, 2002, S. 11-26

Braun, Kathrin, Gesine Fuchs, Christiane Lemke, Katrin Töns (Hg.) (2000): Feministische Perspektiven der Politikwissenschaft, Reihe Lehr- und Handbücher der Politikwissenschaft, München, Wien: Oldenbourg Verlag.

Becker-Schmidt, Regina (1993): Geschlechterdifferenz - Geschlechterverhältnis. Soziale Dimensionen des Begriffs „Geschlecht“, in: Zeitschrift für Frauenforschung, H. 1 u. 2, S. 38f.

Becker-Schmidt, Regina (Hg.) (2002): Gender and Work in Transition. Globalization in Western, Middle and Eastern Europe, Schriftenreihe der Internationalen Frauenuniversität *ifu*, Bd. 2, Opladen.

Enloe, Cynthia (2001): „Gender and Politics“, in: The Oxford Companion to Politics of the World, hg. v. Joel Krieger, Oxford University Press, 2. Aufl., S. 311-315.



Fuchs, Gesine/ Eva Maria Hinterhuber (2003): Demokratie von unten? Unverfasste politische Partizipation von Frauen in Polen und Russland, in: Osteuropa, 53. Jg., H. 5, S. 704-719.

Joachim, Jutta (2001): NGOs, die Vereinten Nationen und Gewalt gegen Frauen: Agenda-Setting, Framing, Gelegenheits- und Mobilisierungsstrukturen, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, 8. Jahrgang, Heft 2, Dezember 2001, S. 209-241.

Kaldor, Mary (1999): *New and Old Wars: Organized Violence in a Global Era*, Cambridge Polity.

Knapp, Axeli (Hg.) (1998): *Kurskorrekturen. Feminismus zwischen Kritischen Theorie und Postmoderne*, Frankfurt a. M. .

Klingebiel, Ruth/ Shalini Randeria (Hg.) (1998): *Globalisierung aus Frauensicht. Bilanzen und Visionen*, Bonn: Dietz Verlag.

Krell, Gert (1996): Feminismus und internationale Beziehungen. Zwischen Dekonstruktion und Essentialismus, in: Zeitschrift für internationale Beziehungen, H.1, S. 149-181

Krell, Gert (2000): *Weltbilder und Weltordnung. Einführung in die Theorie der internationalen Beziehungen*, Baden-Baden.

Lemke, Christiane (2000): *Internationale Beziehungen. Grundkonzepte, Theorien und Problemfelder*, München, Wien.

Lemke, Christiane, Virginia Penrose, Uta Ruppert (Hg.) (1996): *Frauenbewegung und Frauenpolitik in Osteuropa*, Frankfurt a. M./New York.

Locher, Birgit (1996): Feminismus ist mehr als ‚political correctness‘, in: Zeitschrift für internationale Beziehungen, H.2, S. 381-398.

Locher, Birgit (1997): *Internationale Beziehungen aus der Geschlechterperspektive*, in: *Internationale Politik und Gesellschaft*, hrsg. v. Friedrich-Ebert Stiftung, H. 1, S. 86-95.

Locher, Birgit (2002): *Internationale Normen und regionaler Policy-Wandel: Frauenhandel in der Europäischen Union*, in: *WeltTrends*, Nr. 36, s. 59-80.

Meyers, Reinhard (1994): „Transnationale Politik“ in: Andreas Boeckh (Hg.), *Internationale Beziehungen, Lexikon der Politik*, Bd. 6, München: Beck Verlag, S. 543-547.

Münkler, Herfried (2003): *Die neuen Kriege*, Hamburg: Rowohlt.

Narr, Wolf-Dieter/Alexander Schubert: *Weltökonomie. Die Misere der Politik*, Frankfurt a. M. 1994.

Nelson, Barbara/Najma Chowdhury (Hg.) (1994):

Women and Politics World Wide, Yale University Press.

Peterson, Spike V./Anne Sisson Runyan (1999): *Global Gender Issues*, Boulder Col.: Westview.

Rosenberger, Sieglinde (1998): „Das Geschlecht der Internationalen Beziehungen. Feministische Kritik politikwissenschaftlichen Denkens“, in: Kreisky/Sauer (Hg.): *Geschlecht und Eigensinn*, Wien, S. 168-179.

Ruf, Anja (1996): *Weltwärts Schwestern! Von der Weltfrauenkonferenz in die globale Zukunft*, Bonn.

Rumpf, Mechthild (1995): „Staatsgewalt, Nationalismus und Krieg. Ihre Bedeutung für das Geschlechterverhältnis“, in: Eva Kreisky, Birgit Sauer (Hg.): *Feministische Standpunkte in der Politikwissenschaft*, Frankfurt a. M./New York, S. 223-254.

Ruppert, Uta (Hrsg.) (1998): *Lokal bewegen – global verhandeln. Internationale Politik und Geschlecht*, Frankfurt/New York.

Sassen, Saskia (1991): *The Global City: New York, London, Tokyo, Princeton*.

Sassen, Saskia (1996): *Losing Control? Sovereignty in an Age of Globalization*, New York.

Sassen, Sakia (1998): „Überlegungen zu einer feministischen Analyse der globalen Wirtschaft“, in: *PROKLA* 111, S. 199-216.

Sen, Amartya (1990): „More than 100 Million Women are Missing“, in: *The New York Review of Books*, December 20, S. 61-64.

Strange, Susan (1986): *Casino Capitalism*, Oxford University Press.

Strange, Susan (1998): *Mad Money*, Manchester.

Seifert, Ruth (1999): *Militär und Geschlechterverhältnisse. Entwicklungslinien einer ambivalenten Debatte*, in: Christiane Eifler/Ruth Seifert (Hg.): *Soziale Konstruktionen, Militär und Geschlechterverhältnis, Westfälisches Dampfboot 1999*, S. 44-70.

Sen, Amartya (1990): „More than 100 Million Women are Missing“, in: *The New York Review of Books*, December 20, S. 61-64.

Sylvester, Christine (1992): *Feminist Theory and Gender Studies in International Relations*, in: *International Studies*, No. 1, (Fall/Winter), S. 32-38.

True, Jacqui (1998): „Feminism“, in: Scott Burchill/Andrew Linklater (Hg.): *Theories of International Relations*, New York, S. 210-251.

Tickner, J. Ann (1992): *Gender in International Relations. Feminist Perspectives on Achieving Global Security*, New York (deutscher Auszug in: Braun/Fuchs/Lemke/Töns 2000).

Tickner, J. Ann (1997): „You Just Don't Under-



stand: Troubled Engagements Between Feminists and IR Theorists“, in: International Studies Quarterly, Vol 14, No.4.

United Nations (1996): The World's Women 1995. Trends and Statistics, New York: United Nations.

Wichterich, Christa (1998): Die globalisierte Frau. Berichte aus der Zukunft der Ungleichheit, Reinbek.

Wichterich, Christa (2003): „Globalisierung ist nicht geschlechtsneutral“, in: die tageszeitung, 25. 1. 2003.

Young, Brigitte (1998): „Genderregime und Staat in der globalen Netzwerk-Ökonomie“, in: Globalisierung und Gender, PROKLA 111, S. 175-199.

Young, Brigitte (2002): Globalization und Gender, in: Gender and Work in Transition, hrgs. V. Regine Becker-Schmidt, Opladen 2002, S. 49-82

Gender-related development index (GDI) des UNDP (UN-Entwicklungsprogramm) http://www.undp.org/hdr2003/indicator/indic_196_1_1.html

9. Über die Autorin

Christiane Lemke ist Universitätsprofessorin für Politische Wissenschaft an der Universität Hannover.

Ihre Forschungs- und Lehrschwerpunkte liegen in der vergleichenden und internationalen Politik und in der Frauen- und Geschlechterforschung. Sie ist derzeit Jean Monnet Chair für European Political Science und Sprecherin der interdisziplinären Arbeitsgruppe „European Studies“ an der Universität Hannover.

Christiane Lemke hat an der Freien Universität promoviert (1978) und sich im Fach Politische Wissenschaft habilitiert (1989). Nach Gastprofessuren an der Harvard Universität sowie an der University of North Carolina at Chapel Hill hat sie mehrere Jahre an der Freien Universität im Otto-Suhr-Institut gelehrt. Darüber hinaus hatte sie Gastprofessuren am WZB in Berlin sowie an den Universitäten Leipzig und Potsdam inne. Im Jahr 2000 war sie Eckprofessorin der „Internationalen Frauuniversität ifu 2000“ in Hannover. Darüber hinaus hat sie im Rahmen des VINGS-Projekt (Virtuell International Gender Studies) e-learning Einheiten durchgeführt.

10. Andere Veröffentlichungen:

Bücher

Internationale Beziehungen. Grundkonzepte, Theorien und Problemfelder, Reihe Lehr- und Handbücher, Oldenbourg Verlag, München und Wien 2000.

Feministische Perspektiven der Politikwissenschaft, Reihe Lehr- und Handbücher, Oldenbourg Verlag, München und Wien 2000 (hrsg. mit Kathrin Braun, Gesine Fuchs und Katrin Töns)

Artikel

Demokratie in Amerika – Kann Europa von der US-amerikanischen Erfahrung lernen? In: I. Katenhusen, W. Lamping (Hg.): Demokratien in Europa, Opladen: Leske und Budrich 2003, S. 117-134.

Entgrenzungen im Zeitalter der Globalisierung: Hannah Arendt über Macht, Gewalt und die Paradoxien des Nationalstaats, in: Ruth Stanley (Hg.): Konflikt und Gewalt in der globalisierten Welt, Festschrift für Ulrich Albrecht, Opladen: Westdeutscher Verlag 2001, S.151-168.

Changing the Rules of the Game. The Role of Law and the Effects of Party Reforms on Gender Parity in Germany, in: Jytte Klausen und Charles S. Maier (Hg.): Has Liberalism Failed Women? Assuring Equal Representation in Europe and the United States, New York: Palgrave 2001, S. 123-139.

Transformation politischer Systeme in Mittel- und Osteuropa, in: Claus Leggewie and Richard Münch (Hg.): Politik im 21. Jahrhundert, Frankfurt a. M.: suhrkamp Verlag 2001.

Feministische Demokratietheorie und der Streit um Differenz, in: Gudrun-Axeli Knapp (Hg.): Kurskorrekturen. Feminismus zwischen Kritischer Theorie und Postmoderne, Frankfurt a. M.1998, S. 216-241.

Frauenbewegung und Frauenpolitik in Osteuropa, Frankfurt a. M.: Campus Verlag 1996 (Hg. mit Virginia Penrose und Uta Ruppert).

11. Endnoten

¹ Mehrere Mädchen wurden von organisierten Kriminellen entführt, gefangen gehalten, missbraucht bzw. zum Missbrauch weitervermittelt. Teilweise wurden sie ermordet, teilweise verhungerten und verdursteten sie. Gegen die Polizei und andere Staatsorgane wurden im Nachhinein Vorwürfe erhoben, dass sie Hinweisen nicht nachgegangen sei und einschlägig bekannte Kriminelle nicht adäquat überprüft hätten.